



# Tätigkeitsbericht

## 2008

vorgelegt vom  
Präsidenten der Ärztekammer Bremen  
Dr. med. Klaus-Dieter Wurche



I.	Delegiertenversammlung	4
II.	Vorstand	6
III.	Ärztliche Weiterbildung	7
IV.	Akademie für Fort- und Weiterbildung	9
V.	Patientenberatung, Patientenbeschwerden	12
VI.	Medizinische Fachangestellte (MFA)	14
VII.	Qualitätssicherung	17
VIII.	Ethikkommission	19
IX.	Lebendspendekommission	19
X.	Krankenhauswesen	19
XI.	Prävention	20
XII.	Schlichtungsausschuss	21
XIII.	Neue Versorgungsformen	21
XIV.	Öffentlichkeitsarbeit	21
XV.	Finanzen der Ärztekammer	23
XVI.	Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen	23
XVII.	Bezirksstelle Bremerhaven	24
XVIII.	Mitgliederstatistik	25
XIX.	Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen	26



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im vergangenen Jahr war die fortdauernde Unterfinanzierung des Gesundheitswesens das alles bestimmende Thema. Die chronische Mittelknappheit führt in der ambulanten Versorgung nicht nur dazu, dass ein Drittel der ärztlichen Leistungen nicht vergütet werden. Sie wird vor allem zunehmend auch für die Patienten spürbar, die die Leidtragenden der Budgetierung und der impliziten Rationierung sind. Aber auch die Ärztinnen und Ärzte leiden darunter, dass sie ihre Patienten häufig nicht in der Weise versorgen können, die sie für medizinisch geboten halten. Als besonders belastend empfinden die Ärztinnen und Ärzte, dass sie die Entscheidung über die Zuteilung oder die Versagung einer als notwendig angesehenen Leistung treffen müssen, wenn sie nicht selbst unkalkulierbare finanzielle Risiken eingehen wollen. Die Beschädigungen, die das Arzt-Patienten-Verhältnis dadurch nimmt, können Menschen, die nicht in die Behandlung der Patienten eingebunden sind, vermutlich gar nicht nachvollziehen.

Die am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Honorarreform für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte scheint entgegen der ersten Befürchtungen dazu beizutragen, dass die Kluft zwischen erbrachten Leistungen einerseits und Vergütung andererseits kleiner wird. Die implizite Rationierung hingegen wird uns weiter herausfordern und Antworten verlangen.

Nun leidet nicht nur die ambulante Versorgung unter der Unterfinanzierung, sondern auch die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern ist massiv betroffen. Jahrzehntelanger Investitionsstau und Personalknappheit, gepaart mit einer extrem hohen Arbeitsverdichtung für alle Beschäftigten, machen es immer schwieriger, Ärztinnen und Ärzte für die Arbeit im Krankenhaus zu begeistern. Obwohl sich die Vergütung und die Arbeitszeiten durch die Tarifverträge der letzten Jahre durchaus verbessert haben, meiden viele Kolleginnen und Kollegen die Krankenhaustätigkeit. Der Ärztemangel ist nicht auf dem Land, sondern auch in einer Stadt wie Bremen ein Thema, in Bremerhaven ist er schon länger Realität. Als Ärztekammer haben wir nur begrenzten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. Einfluss nehmen können wir aber auf die Weiterbildungsbedingungen und das haben wir auch im vergangenen Jahr wieder sehr intensiv getan.

Im Januar 2008 ist die neu gewählte Delegiertenversammlung zusammengetreten, sie hat den Vorstand gewählt und die Ausschüsse besetzt. In allen Gremien haben wir eine gelungene Mischung aus Ärztinnen und Ärzten, die ihre Erfahrung in die Kammerarbeit einbringen und Ärztinnen und Ärzten, die mit neuen Ideen die Kammerarbeit bereichern. Vielen Dank an alle, die ihre freie Zeit und ihr Engagement in die wichtige Arbeit in der Selbstverwaltung einbringen.

Wie in jedem Jahr wird Ihnen auch in diesem Jahr wieder ein umfangreicher Tätigkeitsbericht vorgelegt, aus dem Sie viele Einzelheiten unserer Kammerarbeit entnehmen können. Wir – das sind der Vorstand und die Geschäftsführung – sehen es als unsere Aufgabe an, Sie ausführlich über die Themenschwerpunkte und Aufgaben der von Ihnen finanzierten Kammer aus dem Jahr 2008 zu informieren.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie viel Interessantes in diesem Bericht finden, der Sie vielleicht auch dazu motiviert, Kammerarbeit aktiv zu unterstützen.

Ihr

Präsident



## I. Delegiertenversammlung

### 1. Konstituierung der neuen Delegiertenversammlung

In der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen vertreten 30 Delegierte die Ärzteschaft aus Bremen und Bremerhaven. Die Delegiertenversammlung ist im Dezember 2007 für vier Jahre neu gewählt worden. Sie hat im Jahr 2008 insgesamt sechsmal getagt. Im Mittelpunkt der konstituierenden Delegiertenversammlung stand die Wahl des Präsidenten, Dr. Wurche, der Vizepräsidentin, Frau Dr. Gitter, und der übrigen Vorstandsmitglieder. In einer weiteren Versammlung entschieden die Delegierten über die Einrichtung der Ausschüsse der Ärztekammer Bremen, über die Wahl der Ausschussmitglieder, der Vorsitzenden der Ausschüsse und über die Benennung der nichtrichterlichen Mitglieder der Berufsgerichte. Sie wählten die Bremer Vertreter in die Gremien der Bundesärztekammer und die Delegierten für den 111. Deutschen Ärztetag.

### 2. Gesundheitspolitische Leitsätze der Deutschen Ärzteschaft - Ulmer Papier

Vor dem Hintergrund der immer kürzer aufeinander folgenden Gesundheitsreformen, denen es allesamt an überzeugenden Lösungsansätzen fehlt, hatte der 110. Deutsche Ärztetag 2007 den Vorstand der Bundesärztekammer beauftragt, bis zum diesjährigen Ärztetag in Ulm ein gesundheitspolitisches Grundsatzpapier zu erarbeiten. „Medizin zwischen Rationierung und Ökonomisierung“, „Versichertenrechte und Patientenautonomie im modernen Gesundheitswesen“, „Freiberuflichkeit statt Fremdbestimmung“ waren einige der Stichworte, die der Ärztetag dem Vorstand der Bundesärztekammer mit auf den Weg gegeben hatte.

Anfang 2008 diskutierte ein Teil der Delegierten der Ärztekammer Bremen die „Gesundheitspolitischen Leitsätze der deutschen Ärzteschaft“ in einer außerordentlichen Sitzung und verfasste nach einer intensiven Diskussion eine Stellungnahme, die den Schwerpunkt auf die Probleme der verdeckten Rationierung und der Kontrollbürokratie legte.

Die Stellungnahme der Ärztekammer Bremen lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Der gleichberechtigte Zugang aller gesetzlich krankenversicherten Menschen zu den medizinisch notwendigen Leistungen im Gesundheitswesen ist nicht mehr umfassend sichergestellt. Wir registrieren eine (verdeckte) Rationierung in vielen Bereichen, die sich auf unterschiedliche Art und Weise äußert.
- Die Entscheidung, welcher Patient welche Leistung auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommt, muss in unserem politischen System von den demokratisch legitimierten Institutionen getroffen werden.
- Die politisch Verantwortlichen drücken sich vor dieser Entscheidung und verlagern sie auf demokratisch nicht legitimierte Institutionen wie das IQWiG oder überlassen sie der Ärzteschaft.
- Die Ärzteschaft ist aber weder legitimiert noch prädestiniert für Rationierungs- oder Priorisierungsentscheidungen.
- Die Ärzteschaft erwartet deshalb von den politisch Verantwortlichen, dass sie die Verteilung der Ressourcen transparent macht und die Verantwortung für die notwendigen Rationierungsentscheidungen übernimmt.
- Die ausufernde Kontrollbürokratie ist ein – untaugliches – Surrogat für die unterlassenen politischen Rationierungsentscheidungen. Durch exzessive Kontrolle sollen ärztliches Handeln gesteuert und die knappen Ressourcen verteilt werden, ohne dass die Kontrollmaßnahmen sich einer Kosten-Nutzen-Bewertung unterziehen müssten.

Die Delegierten des Deutschen Ärztetages wurden gebeten, die Bremer Position auf dem Ärztetag deutlich zu machen.



### **3. Positionen zum Einsatz von Telematik im Gesundheitswesen**

Ein anderes Thema des 111. Deutschen Ärztetages beschäftigte auch die Bremer Delegiertenversammlung: der Einsatz der Telematik im Gesundheitswesen. Auch zu diesem Thema gab es ein Positionspapier der Bundesärztekammer, das die Delegiertenversammlung intensiv diskutierte.

Die Delegiertenversammlung begrüßte die im Papier vorgenommene Differenzierung zwischen der Notwendigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologie in der Arztpraxis auf der einen und dem Einsatz der Gesundheitskarte auf der anderen Seite. Die Delegierten standen dem Einsatz von Telematik in der Arztpraxis überwiegend aufgeschlossen gegenüber. Sie betonten aber, dass die Telematik den ärztlichen Alltag nicht erschweren, sondern erleichtern müsse. Notwendig seien deshalb einheitliche Standards. Besonderes Augenmerk legten die Delegierten auf die Sicherheit und Vertraulichkeit bei der Datenübertragung, die eine sichere Identifizierung durch eine health professional card erfordere. Übereinstimmend betonten die Delegierten, dass der Einsatz der Telematik in den Arztpraxen auf freiwilliger Basis erfolgen müsse.

Einmütig wurde betont, dass weder die sensiblen Patientendaten noch die Autonomie des Patienten über seine Daten durch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologie gefährdet werden dürfen. Hier sahen die Delegierten auch die Gefahren der elektronischen Gesundheitskarte. Die Delegierten forderten effektive technische und rechtliche Vorkehrungen zum Schutz der Patientendaten, um die vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung nicht zu gefährden.

Im Nachgang zum 111. Deutschen Ärztetag griff die Delegiertenversammlung die Beschlusslage des Deutschen Ärztetages auf und lehnte die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der bisher erprobten Form ab. Die Delegierten forderten eine konzeptionelle Weiterentwicklung auf der Grundlage des Positionspapiers der Bundesärztekammer zur Telematik.

### **4. Haushalt und Finanzen**

Die Finanzhoheit, ein wesentliches Element der Autonomie der ärztlichen Selbstverwaltung, liegt bei den Delegierten der Ärztekammer Bremen. Die Delegiertenversammlung entschied in ihrer Sitzung am 23. Juni 2008 über den Jahresabschluss 2007 und entlastete den Vorstand auf der Grundlage des vorgelegten Abschlusses. Zudem beschloss sie in ihrer Sitzung am 24. November 2008 den Haushalt für das Jahr 2009 und setzte den Hebesatz zur Ermittlung des Ärztekammerbeitrags für das Jahr 2009 auf 0,52% fest. Der Hebesatz konnte damit konstant gehalten werden.

Schließlich stellte die Delegiertenversammlung den Jahresabschluss 2007 des Versorgungswerkes der Ärztekammer Bremen fest und entlastete den Aufsichts- und Verwaltungsausschuss.

### **5. Normsetzung**

#### **Satzung über die Erhebung von Beiträgen zur Deckung von Aufwendungen für die Berufsausbildung und die Förderung der beruflichen Fortbildung von Arzthelferinnen**

Die geänderten Niederlassungsbedingungen hatten eine Anpassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen zur Deckung von Aufwendungen für die Berufsausbildung und die Förderung der beruflichen Fortbildung von Arzthelferinnen notwendig gemacht. Während bislang nur niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zu dem Ausbildungsbeitrag herangezogen wurden, wird der Beitrag jetzt von allen in der ambulanten Versorgung tätigen Ärztinnen und Ärzten – gleichgültig ob niedergelassen oder angestellt mit Ausnahme der Entlastungs- und der Weiterbildungsassistenten – erhoben.

#### **Weiterbildungsordnung**

In ihrer Juni-Sitzung beschloss die Delegiertenversammlung, den Facharzt für Innere Medizin ohne Schwerpunkt wieder einzuführen. Sie folgte damit einem Beschluss des Deutschen Ärztetages aus dem Jahr 2007. Damit verbunden waren zahlreiche Folgeänderungen, die ebenfalls beschlossen wurden.



## II. Vorstand

Der Vorstand der Ärztekammer Bremen setzte sich im Jahr 2008 wie folgt zusammen:

Präsident: Dr. med. Klaus-Dieter Wurche  
Vizepräsidentin: Dr. Heidrun Gitter

sowie drei Beisitzer: Hubert Bakker  
Dr. Johannes Grundmann  
Dr. med. Jörg Hermann.

Der Vorstand bereitete die Delegiertenversammlungen inhaltlich vor. Er erarbeitete und beriet sämtliche Vorlagen und Probleme, die in der Delegiertenversammlung zu diskutieren und zu entscheiden waren. Das galt insbesondere für die personelle Besetzung der Ausschüsse, die zu Beginn der neuen Legislaturperiode vorzunehmen war.

### 1. Weiterbildung

Im Rahmen der Weiterbildung diskutierte und entschied der Vorstand regelmäßig über Fragen der ärztlichen Weiterbildung. Sämtliche Befugnisse zur Weiterbildung sowie sämtliche Zulassungen als Weiterbildungsstätte werden vom Vorstand ausgesprochen. Der Vorstand benennt alle Fachvertreter und Prüfer, die im Auftrag der Ärztekammer Bremen tätig werden. Außerdem beriet und entschied der Vorstand acht Widersprüche gegen Weiterbildungsentscheidungen der Kammer.

### 2. Berufsordnung

Auch im Jahr 2008 waren Berufsordnungsmaßnahmen Gegenstand der Vorstandsberatungen. Ergaben sich aufgrund von Patientenbeschwerden, durch Informationen anderer Institutionen oder auch durch Strafverfahren Hinweise, dass ein Kammermitglied die Vorschriften der Berufsordnung nicht eingehalten haben könnte, beriet der Vorstand die Einzelfälle gemeinsam mit dem Justitiar der Kammer. Insgesamt wurden fünf berufsrechtliche Verfahren durchgeführt. Zwei Verfahren ruhen, da die strafgerichtlichen Verfahren noch andauern. In einem Fall wurde die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt, in einem anderen Fall konnte ein Verstoß gegen die Berufsordnung nicht festgestellt werden. Ein Arzt wurde wegen des Verdachts auf nicht korrekte Privatsubstitution zu einem Gespräch mit dem Vorstand eingeladen. Zweimal verhängte der Vorstand ein Zwangsgeld zur Durchsetzung der Meldepflicht.

### 3. Haushalt und Finanzen

Ein wesentliches Steuerungselement des Vorstands ist die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans. Auch die kontinuierliche Überwachung der Einhaltung des Haushaltes ist eine der Kernaufgaben des Vorstands. Sie erfolgt über finanzielle Statusberichte, die die Geschäftsführung dem Vorstand regelmäßig jedes Quartal vorlegt. Dazu gehört ein Bericht über die Einnahmen aus Kammerbeiträgen und Gebühren, aber natürlich auch die Kontrolle der Ausgaben.

### 4. Stellungnahme zu Gesetzen

Auch die Stellungnahme zu geplanten Gesetzen oder Gesetzesänderungen gehört zu den wichtigen Kammeraufgaben, die vom Vorstand in Zusammenarbeit mit der Hauptgeschäftsführung und dem Justitiar der Kammer wahrgenommen wird. Im Jahr 2008 standen allerdings keine bedeutsamen gesetzlichen Änderungen auf der Agenda.



### III. Ärztliche Weiterbildung

#### 1. Ausschuss "Ärztliche Weiterbildung"

Neben der Beratung der zahlreichen Einzelanträge der Kammermitglieder auf Anerkennung von Gebiets-, Schwerpunkt- und Zusatzbezeichnungen, stand zusätzlich im Mittelpunkt der Ausschussarbeit die Beratung der Anträge auf Erteilung von Befugnissen zur Weiterbildung. Außerdem musste zu vielen Anfragen eine Stellungnahme erarbeitet werden.

Der Ausschuss "Ärztliche Weiterbildung" tagte im Jahr 2008 wieder neunmal.

Mitglieder im Ausschuss "Ärztliche Weiterbildung" in 2008 waren:

Dr. Klaus-Dieter Wurche (Vorsitzender), Dr. Wolfgang von Heymann (stellv. Vorsitzender), Dr. Matthias Börger, Dr. Heinrich Eitmann, Dr. Mura Kastendieck, Dr. Henning Hammerschmidt, Bettina Rakowitz, Walter Schimmler, Dr. Mohammad Reza Sedigh-Rahim-Abadi, Dr. Stefan Trapp.

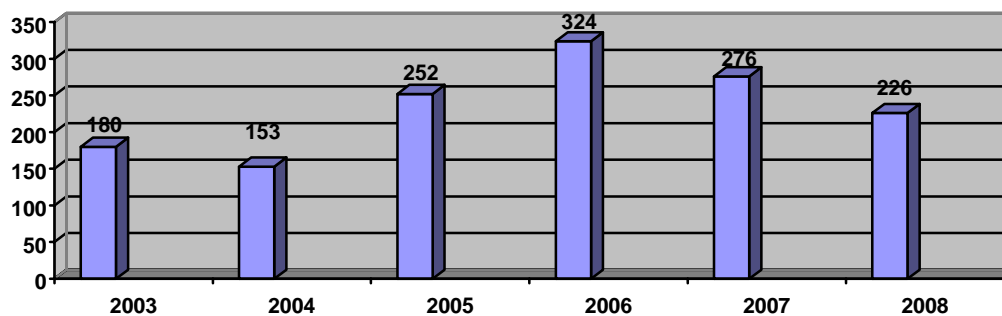
Für den Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Brigitte Bruns-Matthießen.

#### 2. Anerkennung von Weiterbildungstätigkeiten und Prüfungen

Im Jahr 2008 wurden 209 Anträge auf Anerkennung von Gebiets-, Zusatz- und Schwerpunktbezeichnungen gestellt. Jeder Antrag wird von der Verwaltung der Kammer vorgeprüft, bevor er im Ausschuss "Ärztliche Weiterbildung" beraten wird. Hier erfolgt entweder eine Prüfungszulassung, oder die Anträge werden abgelehnt.

Im Jahr 2008 wurden 226 Weiterbildungsprüfungen durchgeführt. Diese führten zur Anerkennung von 220 Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnungen. Eine differenzierte Übersicht finden Sie in Anhang 1.

#### Durchgeführte Prüfungen 2003 – 2008



Sechs Prüfungen wurden nicht bestanden, diese verteilen sich wie folgt:

Schwerpunkt Visceralchirurgie	1
Innere und Allgemeinmedizin (Hausarzt)	1
Innere Medizin	1
Schwerpunkt Neonatologie	1
Psychiatrie und Psychotherapie	1
Zusatzbezeichnung Kinder-Endokrinologie und -Diabetologie	1



Die Weiterbildungsabteilung verzeichnete im Jahr 2008 einen Posteingang von 1.050 Vorgängen. Einzelheiten entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle:

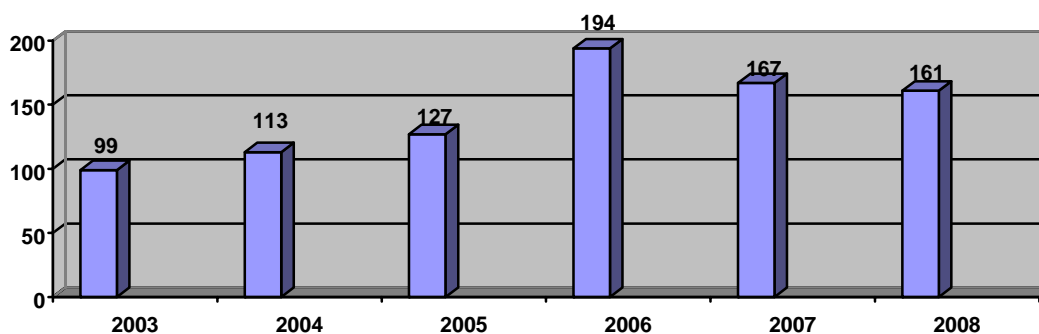
Anfragen	521
Anträge auf Anerkennungen gem. Weiterbildungsordnung	209
Anträge auf Erteilung einer neuen Weiterbildungsbefugnis	68
Anträge auf Änderung/Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis	93
Anträge auf Zulassung einer Weiterbildungsstätte	59
Anträge auf Erteilung eines Qualifikationsnachweises	13
Anträge Fachkunde Strahlenschutz	47
Anträge auf EU-Konformitätsbescheinigungen	15
Anträge Gleichwertigkeitsprüfung	8
Vorgänge Hämotherapie	17
<b>Summe</b>	<b>1050</b>

Die Ärztekammer führt im Auftrag des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die sog. "Gleichwertigkeitsprüfungen" durch, wenn die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes bei ausländischen Ärzten nicht gegeben oder sie nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellbar ist. Im Jahr 2008 haben insgesamt drei Gleichwertigkeitsprüfungen stattgefunden, zwei Prüfungen führten zur Erteilung der Approbation, eine Prüfung wurde nicht bestanden.

### 3. Erteilung oder Änderung einer Weiterbildungsbefugnis/Zulassung von Weiterbildungsstätten

Im Jahr 2008 wurden 161 Anträge auf Erteilung oder Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis gestellt. Hinzu kamen 59 Anträge auf Zulassung als Weiterbildungsstätte.

Anträge auf Erteilung oder Änderung einer Weiterbildungsbefugnis:



### 4. Klagen und Widersprüche

Die Ärztekammer verzeichnete im Jahr 2008 zehn neue Widersprüche (Vorjahr: 16), die zu vier noch anhängigen Verfahren hinzukamen. Einem Widerspruch wurde stattgegeben, sechs wurden abgelehnt, einer zurückgezogen, vier Widersprüche sind noch nicht entschieden.

Am 1. Januar 2008 waren fünf Klagen anhängig, zwei neue Klagen wurden im Jahr 2008 erhoben, zwei Verfahren wurden eingestellt, eine Klage abgewiesen.

### 5. Prüferfest

Um den zahlreichen ärztlichen Prüfern und Prüfungsvorsitzenden und den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Ausschusses „Ärztliche Weiterbildung“ zu danken, lud die Weiterbildungsabteilung der Ärztekammer am 17. September 2008 zu einem Grillfest ein. Für einen Tag wurde der Parkplatz zu einem festlichen Ambiente einer Gartenparty. Der Nachmittag in lockerer und entspannter Atmosphäre fand großen Zuspruch, viele nutzten die Gelegenheit zu einem zwanglosen Meinungsaustausch.





## IV. Akademie für Fort- und Weiterbildung

### 1. Beirat der Akademie für Fort- und Weiterbildung

Der Vorstand der Ärztekammer Bremen hat für die Wahlperiode 2008 bis 2011 folgende Mitglieder für den Beirat der Akademie für Fort- und Weiterbildung gewählt: Prof. Dr. Jürgen Freyschmidt (Vorsitzender), Franziska Büge, Dr. Johannes Grundmann, Dr. Alfred Haug, Prof. Dr. Hans-Heinrich Heidtmann, Dr. Birgit Lorenz, Dr. Till Spiro, Dr. Christian Warrlich.

Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung am 23. Juni beschlossen, dass die Zahl der Beisitzer im Beirat der Akademie für Fort- und Weiterbildung mindestens sechs betragen soll.

Für den Beirat verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Dr. Hepe.

Der Beirat der Akademie für Fort- und Weiterbildung der Ärztekammer Bremen hat sich mit der Zukunft der ärztlichen Fortbildung auseinandergesetzt. Das derzeit gültige System, Fortbildungsaktivitäten in Form von Punkten nachzuweisen, erfüllt die formalen Anforderungen an die ärztliche Fortbildung. Der Beirat sprach sich jedoch auch für eine qualitativ hochwertige Fortbildung aus. Konsens bestand, die bestehenden Regelungen beizubehalten, aber zusätzliche Angebote zu schaffen oder zu unterstützen, die Wissen und Kompetenz auf hohem Niveau vermitteln.

Die Evaluation der Weiterbildung in Bremen hat den Beirat beschäftigt. Um eine Attraktivitätssteigerung der Weiterbildung in Bremen zu erreichen, hat sich der Beirat für weitere strukturierte Fortbildungen für Weiterbildungsassistenten ausgesprochen.

Auch das Thema „Fortbildung und Sponsoring“ wurde diskutiert. Die kritische Haltung, die die Akademie vertritt, unterstützt der Beirat ausdrücklich. Der Beirat betonte die wichtige Rolle des verantwortlichen Arztes, dessen Nennung seitens der Akademie im Antragsformular gefordert wird. Zukünftig wird bei gesponserten Veranstaltungen eine schriftliche Erklärung des verantwortlichen Arztes eingeholt. Dieser soll dafür Sorge tragen, dass die Referenten ihre Interessen gegenüber der Industrie offenlegen.

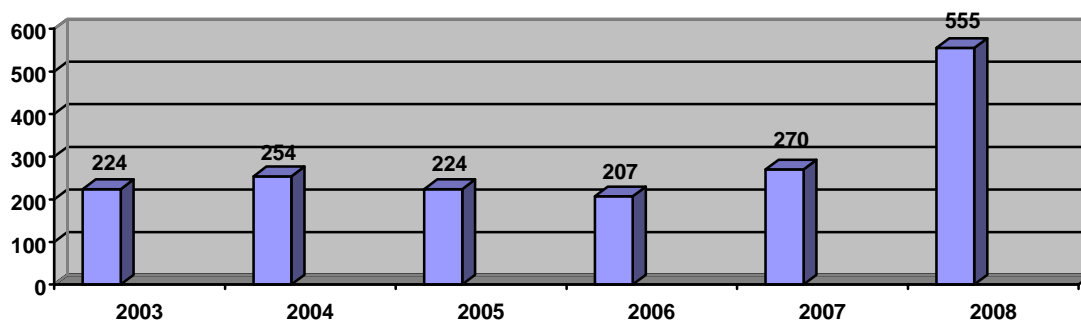
### 2. Fortbildungszertifikate

Seit dem 1. Juli 2004 sind alle in der GKV-tätigen Ärztinnen und Ärzte verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren mindestens 250 Fortbildungspunkte zu erwerben. Als Nachweis dient das Fortbildungszertifikat der Ärztekammer. Seit dem 1. Januar 2006 gilt diese Nachweispflicht auch für die am Krankenhaus angestellten Fachärzte. Das Zertifikat der Ärztekammer wird von der Kassenärztlichen Vereinigung und der Klinikleitung anerkannt. Für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie für die ermächtigten Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus gilt der 30. Juni 2009 als Stichtag, zu dem spätestens der Fortbildungsnachweis erbracht sein muss.

Im Mai 2008 wurden alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte angeschrieben, die kein gültiges Fortbildungszertifikat hatten. Außerdem erhielten die ermächtigten Krankenhausärzte ein Anschreiben. So wurde mehr als ein Jahr vor Ablauf der Nachweispflicht an den 30. Juni 2009 erinnert.



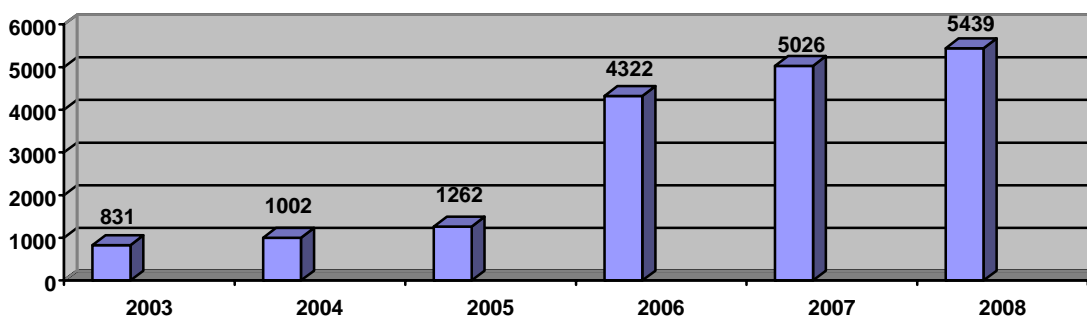
Die Zahl der ausgestellten Zertifikate stieg im Jahr 2008 damit deutlich gegenüber den Vorjahren. Wurden 2007 270 Zertifikate erstellt, belief sich die Zahl 2008 auf 555.



### 3. Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen

Die Zahl der Anerkennungen von Fortbildungsveranstaltungen stieg 2008 auf 5.439, dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8,22 %. Von diesen Veranstaltungen fanden 230 regelmäßig statt mit vier bis 200 Terminen/Jahr.

#### Anerkannte Veranstaltungen 2003 bis 2007:



### 4. Eigene Veranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung

Auch im Jahr 2008 hat die Akademie für Fort- und Weiterbildung der Ärztekammer Bremen zahlreiche eigene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Mit insgesamt 101 Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven erreichte die Ärztekammer 2.162 Ärztinnen, Ärzte, Medizinische Fachangestellte sowie Vertreter/innen anderer Berufsgruppen. Hier gab es einen Rückgang der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Leider mussten auch einige Veranstaltungen aufgrund mangelnder Nachfrage abgesagt werden.

Wie in den Vorjahren war das 8. Bremer Ernährungsforum gut besucht, das gemeinsam mit dem BIPS durchgeführt wurde und dem Thema „Ernährung bei Nahrungsmittelallergien“ gewidmet war. Das Modulare Curriculum Psychotraumatologie – eine Kooperation mit verschiedenen Institutionen – wurde bereits im vierten Jahr angeboten.

In bewährter Kooperation mit dem Gesundheitsamt fand regelmäßig das sozialmedizinisch-gutachterliche Kolloquium statt sowie Fortbildungen zur Begutachtung. Mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte wurde eine interdisziplinäre Fortbildung zum Thema Kinderschutz angeboten. Hier diskutierten die verschiedenen Professionen angeregt miteinander. Ein weiterer Schritt zu einer besseren Kommunikation und Vernetzung konnte durch die Veranstaltung erreicht werden.

Zwei Basiskurse Palliativmedizin waren schnell ausgebucht, weitere Basis- und auch Aufbaukurse sind für das Folgejahr in Planung. Mit der Psychotherapeutenkammer wurde eine Kooperationsveranstaltung zum Thema



Essstörungen konzipiert und durchgeführt. Veranstaltungen zum Qualitätsmanagement sowie Moderatorentaining rundeten das Programm ab. Auch in diesem Jahr fand für die radiologischen Weiterbildungsassistenten eine curriculäre Fortbildung statt. Der Zytologietag – inzwischen eine feste Institution im Veranstaltungskalender – stieß auch 2008 wieder auf breite Resonanz mit Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik.

Der Dank der Akademie für Fort- und Weiterbildung gilt auch in diesem Jahr wieder den vielen Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen, die die Akademie mit ihrem Expertenwissen unterstützten.

## **5. Das Fortbildungszentrum**

Das Fortbildungszentrum der Ärztekammer Bremen befindet sich auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte. Es handelt sich um einen größeren Vortragsraum für ca. 80 TeilnehmerInnen und einen kleineren Seminarraum für ca. 20 TeilnehmerInnen. Zusätzlich gibt es eine Büro-/Küchenkombination. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung finden in diesen Räumen seit 2005 statt. Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen steht das Fortbildungszentrum auf Anfrage zur Verfügung. Im Jahr 2008 fanden an 119 Tagen Veranstaltungen dort statt. Besonders die Mittwoch-Nachmittage und auch die Wochenenden haben eine gute Auslastung. Zur Betreuung vor Ort stehen vier studentische Aushilfen zur Verfügung.

## **6. Fortbildung für Medizinische Fachangestellte**

Gut angenommen wurden in diesem Jahr die Kurse „Medical English“, „Telefontraining“, „Ersthelferin als Praxiscoach“, „Kommunikation in der modernen Arztpraxis“ und „Personalführung“. Fortbildungen zu Themen wie „Die Rezeption – professionell und freundlich“, „Sicherer Umgang mit schwierigen Patienten“, „Konflikt- und Beschwerdemanagement“ und „Hygiene in der Arztpraxis“ stießen ebenfalls auf reges Interesse bei den Medizinischen Fachangestellten. Gut besucht waren schließlich die Kurse „Grundkurs Strahlenschutz für med. Assistenzpersonal (90 Std.)“ und die Aktualisierungskurse im Strahlenschutz für Ärzte und med. Assistenzpersonal.

Die 120stündige Fortbildung „Gastroenterologische Endoskopie“ musste leider aufgrund mangelnder Teilnehmerzahl abgesagt werden.

Für die Auszubildenden zur Medizinischen Fachangestellten wurden wieder monatlich Fortbildungen mit wechselnden Themen in der Berufsschule angeboten und auch unsere Angebote eines prüfungsvorbereitenden Unterrichtes und praktischer EKG-Kurse wurden gerne wahrgenommen.

## **7. Fortbildung in Bremerhaven**

Die Bezirksstelle Bremerhaven ist in der Fortbildung sehr aktiv. Von Januar bis März und von September bis Dezember eines jeden Jahres finden monatlich Fortbildungsveranstaltungen statt, die vom Fortbildungsausschuss Bremerhaven zu unterschiedlichen Themen organisiert werden. Vorsitzender des Fortbildungsausschusses ist Prof. Dr. Hans-Heinrich Heidtmann.

Im Januar 2008 wurde „Migration und Krankheit“ thematisiert, der Februar stand im Zeichen der „Demenz“, im März gab es Informationen zu neuen Medikamenten und deren Bewertung.

Die Auftaktveranstaltung im Herbst wird traditionell mit der Gesellschaft 1947 durchgeführt. In diesem Jahr ging es um Robert Schumann, Lebens- und Krankheitsgeschichte. Weitere Themen der zweiten Jahreshälfte waren „Infektionen“ und „Techniken und Implantate“. Im Dezember wurde das Jahr mit dem Weihnachtsquiz beendet.



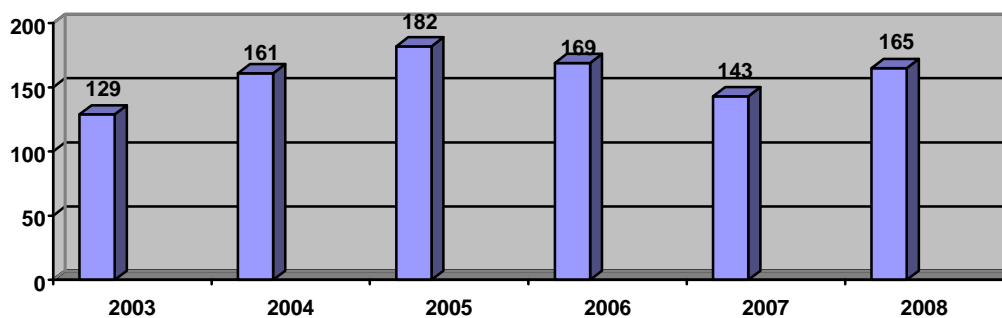
## V. Patientenberatung, Patientenbeschwerden

### 1. Beschwerdeausschuss

Im Beschwerdeausschuss werden die bei der Ärztekammer von Patienten über Ärzte eingereichten Einzelbeschwerden beraten, nachdem die Kolleginnen und Kollegen Stellung genommen haben. Danach wird ein Lösungs- oder Schlichtungsvorschlag gemacht, der dem Patienten und dem Arzt über die Geschäftsstelle zugesandt wird. Wenn der Verdacht auf einen Verstoß gegen die Berufsordnung besteht, wird aufgrund der Beschwerde ein Prüfverfahren eingeleitet.

Der Beschwerdeausschuss hat im Jahr 2008 fünfmal getagt: Auch im Jahr 2008 war die Zahl der direkt bei der Ärztekammer eingegangenen Beschwerden mit 165 sehr hoch (2007: 143). Insbesondere die Prüfung der Rechnungsbeschwerden ist sehr zeitintensiv.

#### Patientenbeschwerden (ohne Arzthaftpflichtfragen)



#### Mitglieder des Beschwerdeausschusses waren im Jahr 2008:

Gerhard Ellereit (Vorsitzender), Dr. Uwe Aldag, Dr. Bernward Fröhlingsdorf, Dr. Jörg Gröticke, Dr. Johannes Grundmann, Dr. Lutz Kaschner (Rücktritt März 2008), Dr. Harri Korschanowski, Bettina Rakowitz, Dr. Friedrich Roehl, Dr. Renate Ronski, Dr. Tadeusz Slotwinski, Irene Suschko-Kück.

Für den Beschwerdeausschuss verantwortlicher Mitarbeiter der Ärztekammer ist Herr Laesch.

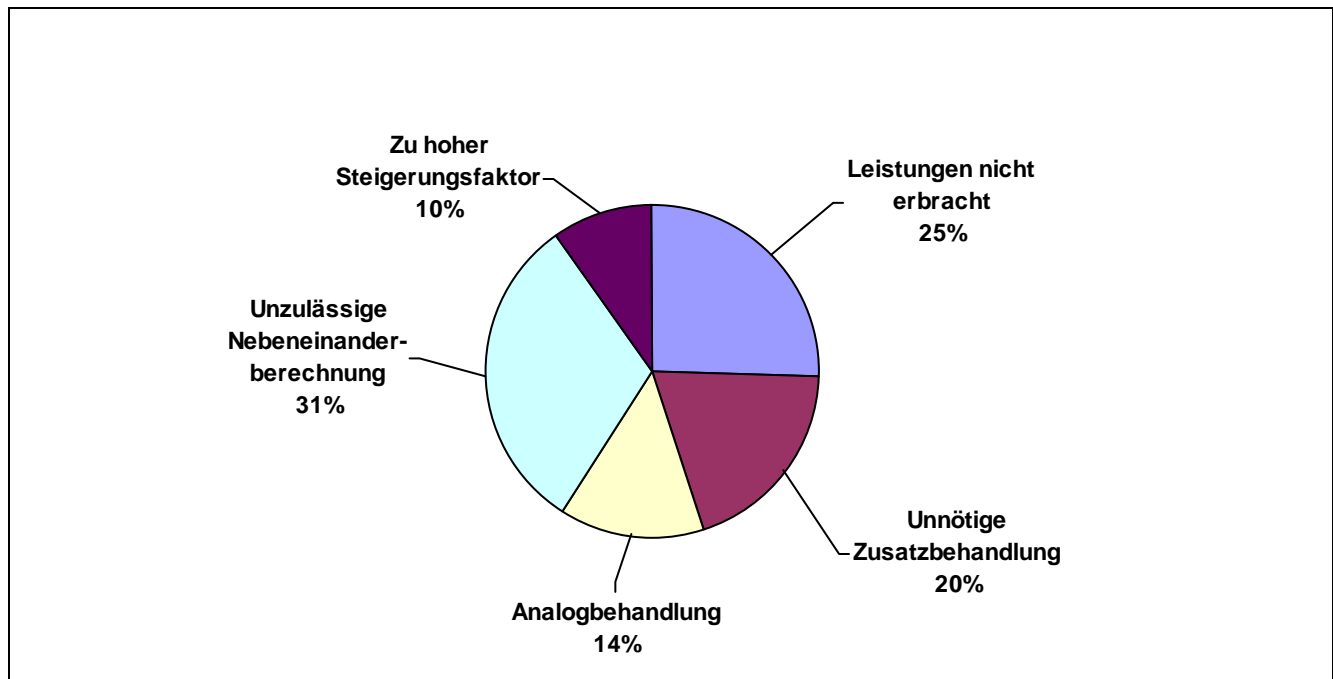
### 2. Bearbeitung von Patientenbeschwerden in der Ärztekammer

Die allgemeinen Patientenbeschwerden sind leicht angestiegen (2008: 114 Beschwerden; 2007: 92 Beschwerden). Die folgende Grafik zeigt die häufigsten Gründe für Patientenbeschwerden (drei und mehr Beschwerden):



### 3. Beschwerden, die sich auf die Rechnungsstellung der Ärzte beziehen

Im Jahr 2008 sind insgesamt 51 Beschwerden eingegangen, die sich auf die Rechnungsstellung der Ärzte bezogen (Vorjahr: 51 Beschwerden). Die Bearbeitung dieser Beschwerden ist sehr zeitintensiv, da es sich häufig um komplexe Rechnungen handelt. Die Gründe für die Beschwerden ergeben sich aus der folgenden Übersicht:



Die Beschwerden über unrichtige Rechnungsstellungen werden nicht nur von Patienten, sondern häufig auch von privaten Krankenversicherungen oder öffentlichen Beihilfestellen eingereicht. Anhaltende Schwierigkeiten bereitet die auf Grund der Überalterung der GOÄ weiterhin notwendige Analogbewertung. Beschwerden über die Berechnung von IGeL-Leistungen gehen selten bei der Ärztekammer ein.

### 4. Schlichtungsverfahren in Arzthaftpflichtfragen

Für Schlichtungsverfahren in Arzthaftpflichtfragen betreibt die Ärztekammer Bremen gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ärztekammern eine Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover. Die Schlichtungsstelle wird von den Ärztekammern gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft finanziert. Im Jahr 2007 wurden 112 neue Anträge gestellt (2007: 91). 103 Schlichtungsverfahren in Arzthaftpflichtfragen wurden abgearbeitet (2007: 105); davon ergingen 57 Sachentscheidungen. In 16 Fällen wurde ein Behandlungsfehler oder ein Risikoaufklärungsmangel bejaht.

### 5. Tätigkeit des Vereins "Unabhängige Patientenberatung Bremen"

Die Unabhängige Patientenberatung wird in Bremen von einem Verein getragen, dessen Mitglieder die Ärztekammer, die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft, der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, die Psychotherapeutenkammer und die Zahnärztekammer sind. Die Unabhängige Patientenberatung hat ihren Sitz in der Richard-Wagner-Straße 1a, 28209 Bremen. Die Unabhängige Patientenberatung gibt jährlich einen eigenen Tätigkeitsbericht heraus, der unter [www.patientenberatung-bremen.de](http://www.patientenberatung-bremen.de) abgerufen werden kann.



## VI. Medizinische Fachangestellte (MFA)

### 1. Berufsbildungsausschuss

Der Berufsbildungsausschuss hat im Jahr 2008 zweimal getagt.

Mitglieder des Berufsbildungsausschusses im Jahr 2008 waren:

**Arbeitgebervertreter:** Dr. Hans-Michael Mühlenfeld (Vorsitzender), Hartmut Sieg, Dr. Simone Cepek, Dr. Manfred Neubert, Dr. Martin Leugner, Stephan Schlenker.

**Arbeitnehmervertreter:** Marlene Henrici, Elke Lemke, Sieglinde Baumann, Karin Hilker, Ursula Symann.

**Lehrer:** Birgit Günnemann, Marion Hibbeler, Helmut Zachau, Rudolf Schmelter, Gisela Bauche, Margrit Volkmann, Susanne Reich-Emden.

Von der Verwaltung der Ärztekammer ist Frau Neumann für den Ausschuss verantwortlich.

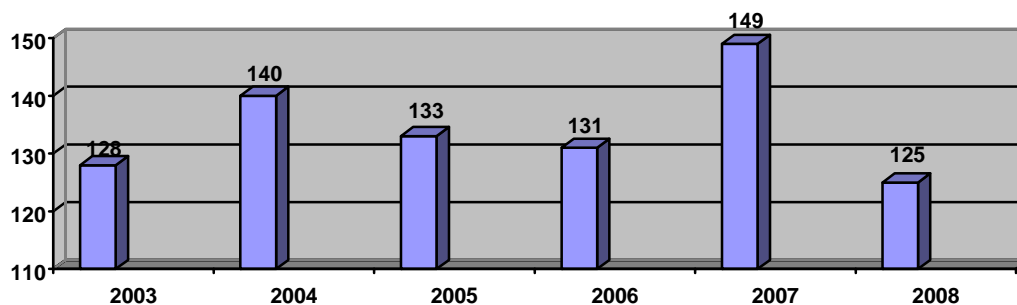
### 2. Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die Ärztekammer zuständig für die Ausbildung der Medizinischen Fachangestellten. Dazu gehören:

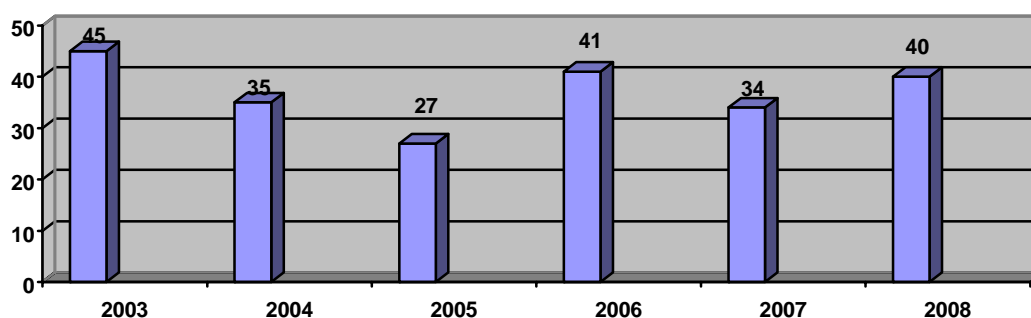
1. die Überwachung der Ausbildungsverhältnisse mit der Prüfung und der Registrierung der Ausbildungsverträge in dem Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse
2. die Information der Auszubildenden über ihre Pflichten und Rechte
3. die Information der Ärzte als Arbeitgeber
4. die Überwachung der Ausbildung, die Organisation und Abnahme der Zwischenprüfungen und der Abschlussprüfungen
5. die Freisprechung der Arzthelferinnen am Ende ihrer Ausbildung
6. Durchführung von Schlichtungsverfahren (0 im Jahre 2008).

Zum Jahresende 2008 bestanden in Bremen 382 und in Bremerhaven 160 Ausbildungsverträge, insgesamt im Land Bremen also 542 Ausbildungsverträge.

#### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2003 bis 2008 in Bremen:



#### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2003 bis 2008 in Bremerhaven



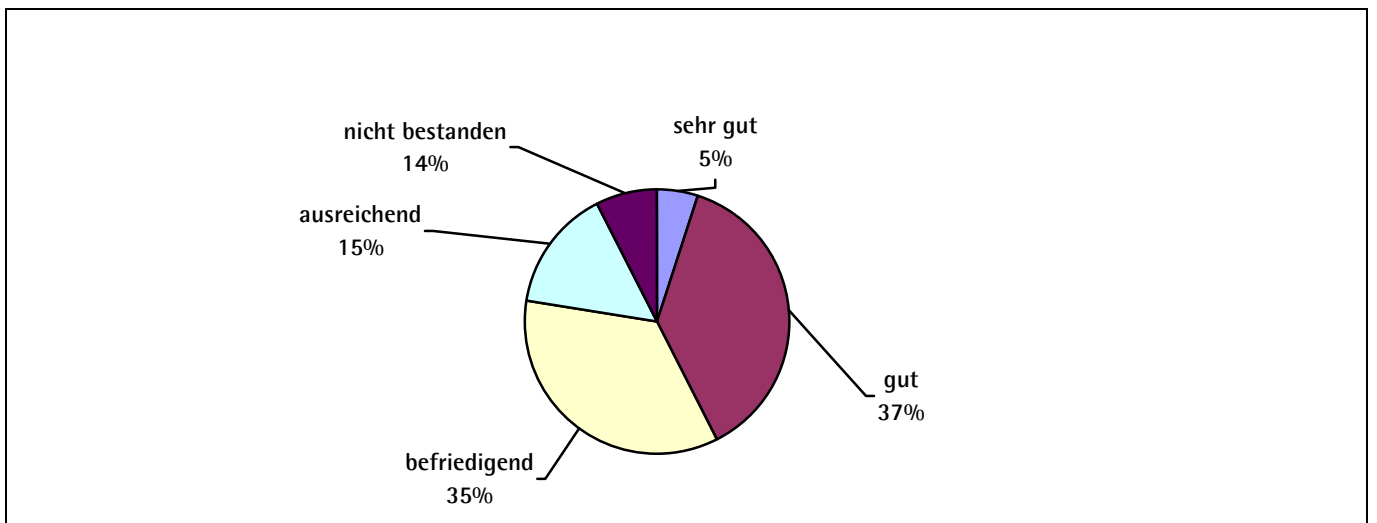


In Bremen wurden 125, in Bremerhaven 40 neue Ausbildungsverhältnisse eingetragen; dies sind insgesamt 18 weniger als im Vorjahr.

Die Ergebnisse der Abschlussprüfungen im Vergleich der letzten Jahre zeigt folgende Tabelle:

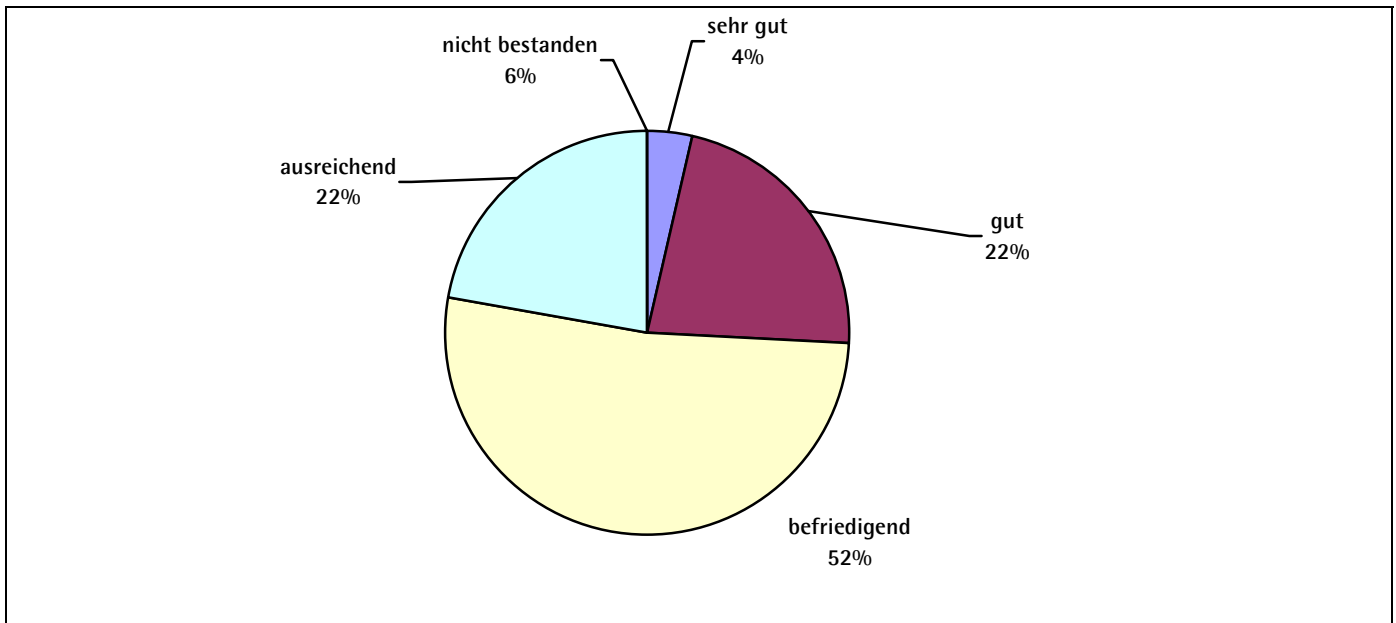
Ergebnisse der Abschlussprüfungen für Arzthelferinnen in Bremen und Bremerhaven im Winter 2007/08:

Note 1 =	2
Note 2 =	15
Note 3 =	14
Note 4 =	6
Nicht bestanden =	3



Ergebnisse der Abschlussprüfung für Arzthelferinnen/MFA in Bremen und Bremerhaven im Sommer 2008:

Note 1 =	5
Note 2 =	31
Note 3 =	72
Note 4 =	31
Nicht bestanden =	0



Die Ärztekammer ist seit Jahren bei der Vermittlung von Auszubildenden und Ausbildern behilflich. Sie führt Listen von Jugendlichen, die eine Lehrstelle als Arzthelferin suchen, sowie von Praxen, die Auszubildende suchen. Diese Vermittlerfunktion der Kammer ist besonders wichtig, wenn es bei einem bereits bestehenden Ausbildungsverhältnis zu Konflikten kommt und eine neue Ausbildungsstelle gesucht wird. Die Vermittlung von Ausbildungsstellen wird sowohl von Auszubildenden als auch von Ärzten gut angenommen. Im Jahr 2008 konnten 16 Auszubildende vermittelt werden.

### 3. Berufsschule

Die Zusammenarbeit zwischen der Berufsschule und der Ärztekammer ist traditionell gut und konstruktiv. Sie zeigte sich u.a. in der gemeinsamen Begrüßung der neuen Auszubildenden in der Aula der Schule und der Verabschiedung der examinierten Arzthelferinnen. Die Verabschiedung fand in Bremen im Juli 2008 auf Einladung der Ärztekammer Bremen erneut in der Berufsschule statt. Alle fertigen Arzthelferinnen erhielten hier im festlichen Rahmen ihren Arzthelferinnen-Brief ausgehändigt. In Bremerhaven wurden die fertigen Arzthelferinnen ebenfalls im festlichen Rahmen verabschiedet.





## VII. Qualitätssicherung

### 1. Ausschuss Qualitätssicherung

Der Ausschuss Qualitätssicherung hat im Jahre 2008 dreimal getagt. Da der langjährige Vorsitzende des Ausschusses, Herr Gronemeyer, sein Amt im Sommer 2008 niederlegen musste, da er nicht mehr Mitglied der Ärztekammer Bremen ist, begann die eigentliche Arbeit des Ausschusses erst in der zweiten Jahreshälfte. Dabei befasste sich der Ausschuss nach einer thematischen Bestandsaufnahme schwerpunktmäßig mit der externen Qualitätssicherung in den Krankenhäusern und der geplanten sektorübergreifenden Qualitätssicherung.

#### **Mitglieder im Ausschuss "Qualitätssicherung" waren im Jahr 2008:**

Ralf Gronemeyer (Vorsitzender) bis 1. August 2008, Atoussa Bayanifar, Dr. Doris Börger, Matthias Bormann, Dr. Vivian Frank-Schmidt, Dr. Eberhard Thoma (bis Oktober 2008), Dr. Gerd Praetorius, Dr.- Christian Schultz (bis November 2008), Dr. Karl-Wilhelm Tischer, Frans Zantvoort.

Von der Verwaltung der Ärztekammer ist Frau Dr. Delbanco für den Ausschuss verantwortlich.

### 2. Externe Qualitätssicherung – BQS-Daten

Seit dem Jahre 2001 ist die Externe Qualitätssicherung für alle Krankenhäuser verpflichtend. Die Daten der Behandlungsfälle von fünfzehn Leistungsbereichen werden von den Krankenhäusern an das Bremer Qualitätsbüro übermittelt. Nach der Aufbereitung werden diese Daten zum bundesweiten Vergleich an die BQS weitergeleitet. Die Ergebnisse werden in anonymisierter Form in den jeweiligen Fachgruppen beraten.

Zum Jahresende 2008 legte das Qualitätsbüro erneut seinen Jahresbericht vor. Die Ergebnisse wurden im Januar 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt.

### 3. Qualitätszirkel

Seit mehr als zehn Jahren wird im Land Bremen die Qualität der ärztlichen Tätigkeit in Qualitätszirkeln reflektiert. Qualitätszirkel bestehen im haus- und fachärztlichen Bereich, in stationären Einrichtungen, in sektorübergreifenden Bereichen und zu speziellen Fragestellungen wie z. B. der Pharmakotherapie. Viele dieser Qualitätszirkel haben sich einer wissenschaftlichen Evaluation unterzogen. Diese Form der Qualitätssicherung hat sich zu einer anerkannten Größe in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung entwickelt. In der Ärztekammer liegen inzwischen über *100* Meldungen von Qualitätszirkeln vor, die sich mit den unterschiedlichsten Fragestellungen auseinandersetzen. Unter der Prämisse, dass in der Regel ein Qualitätszirkel ca. 8 - 10 Teilnehmer hat, ergibt sich eine Anzahl von ca. 800 Ärztinnen und Ärzten, die in Qualitätszirkeln aktiv sind. Diese Methode zeigt das hohe Engagement in der innerärztlichen Fortbildung.

### 4. Qualitätssicherung in der Transplantation und der Transfusion

Die Qualität der **Transplantation** von Organen wird auf der Grundlage von § 16 Transplantationsgesetz durch eine von der Bundesärztekammer verabschiedete Richtlinie zur Organtransplantation gesichert. Da diese Richtlinie auf einer bundesgesetzlichen Ermächtigungsnorm beruht, ist sie unmittelbar geltendes Recht für alle in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzten. Der Wortlaut der Richtlinie ist veröffentlicht worden im Deutschen Ärzteblatt vom 27. August 2001, Seite 2207, sie kann auch im Internet unter [www.baek.de](http://www.baek.de) oder [www.aekhb.de](http://www.aekhb.de) eingesehen werden.

Die Qualitätssicherung nach dem **Transfusionsgesetz** wurde im Jahr 2005 neu geregelt. Im November 2005 traten die neuen "Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten" auf der Grundlage der §§ 12 und 18 Transfusionsgesetz (Hämotherapie-Richtlinien) in Kraft, die die Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut erlassen hat. Die Richtlinien und Erläuterungen bzw. Berichtsvordrucke sind auf der Internetseite der Ärztekammer hinterlegt ([www.aekhb.de](http://www.aekhb.de) Rubrik Qualitätssicherung, Transfusionsmedizin).

Die Richtlinien formulieren den allgemein anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Transfusion und sind deshalb von herausragender haftungsrechtlicher Bedeutung. Insbesondere die Verschärfung der Vorgaben für das Qualitätssicherungssystem zur Anwendung von Blutprodukten bringt für



Einrichtungen, die Blutprodukte und/oder Plasmaderivate zur Behandlung von Hämostasestörungen anwenden, einen erheblichen Mehraufwand. Aber auch auf die Ärztekammer kommen neue Aufgaben zu.

Nach den Vorschriften des Transfusionsgesetzes haben die Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Blut oder Blutprodukte verwenden, ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren. Die Einrichtungen sind verpflichtet, ein Qualitätshandbuch zu entwickeln. Zukünftig ist der Qualitätsbeauftragte im Benehmen mit der Ärztekammer zu bestellen. Das Ergebnis des Qualitätsberichtes der Einrichtungen ist der Ärztekammer bis zum 1. März eines jeden Jahres für das vorangegangene Jahr vorzulegen. Außerdem müssen transfusionsverantwortliche bzw. transfusionsbeauftragte Ärztinnen oder Ärzte benannt werden. Die Ärztekammer Bremen hat einen entsprechenden Qualifikationsnachweis eingeführt und überprüft jedes Jahr 12 Krankenhäuser und 12 Arztpraxen, in denen Transfusionen vorgenommen werden.

#### **5. Deutsches IVF-Register**

Die Ärztekammer Bremen hat mit dem Deutschen IVF-Register (DIR) bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein im Jahr 2001 einen Vertrag zur Qualitätssicherung geschlossen. Die IVF-Zentren Bremens nehmen alle an der bundesweiten Qualitätssicherung teil. Jährlich werden Auswertungsdaten dieses Registers an die teilnehmenden Institutionen und die Ärztekammer Bremen gegeben.

#### **6. Qualitätssicherung nach der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung**

Nach der Röntgenverordnung muss in regelmäßigen Abständen geprüft werden, ob bei der Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in der Heilkunde die Erfordernisse der medizinischen Wissenschaft beachtet werden und die angewendeten Verfahren und eingesetzten Röntgeneinrichtungen den nach dem Stand der Technik jeweils notwendigen Qualitätsstandards entsprechen, um die Strahlenexposition des Patienten so gering wie möglich zu halten. Die Ärztekammern Bremen und Niedersachsen betreiben zusammen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die Gemeinsame Stelle nach § 17a der Röntgenverordnung und nach § 83 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung. Die Ärztliche Stelle hat ihren Sitz in Hannover, sie betreut von dort alle in Bremen und Bremerhaven betriebenen Röntgeneinrichtungen, mit denen Röntgenstrahlen auf den lebenden Menschen angewendet werden, und die in der Strahlentherapie und Nuklearmedizin eingesetzten Geräte.

Die Ärztliche Stelle Niedersachsen/Bremen überprüfte im Jahr 2008 113 Röntgeneinrichtungen von 46 Betreibern. Von diesen Betreibern waren 42 Ärzte und vier Krankenhäuser. Bei 10 Betreibern ergab sich die Notwendigkeit einer Wiedervorlage nach 6-12 Monaten wegen erheblicher Mängel bei der Bildqualität oder im Strahlenschutz bzw. wegen unvollständig eingereicherter Unterlagen. In einem Fall musste das zuständige Gewerbeaufsichtsamt informiert werden.



## VIII. Ethikkommission

### **Mitglieder der Ethikkommission der Ärztekammer Bremen waren im Jahr 2008:**

Dr. Ulrich Kütz (Vorsitzender, Arzt), Prof. Dr. Manfred Anlauf (Arzt), Prof. Dr. Herbert Rasche (Arzt), Dr. Ulrich Irle (Arzt), Dr. Eva Ramsauer (Ärztin), Annegret Derleder (Juristin), Henning Drude (Theologe) und Jens Pursche (Patientenvertreter).

Für die Ethikkommission verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Digby-Worsley.

Es wurden insgesamt 28 Studien eingereicht, wovon bislang sechs Anträge noch nicht beraten wurden, da noch Klärungsbedarf besteht oder sie in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden und drei Anträge nicht behandelt wurden, weil die Antragsteller das Verfahren nicht weiter verfolgen.

Die Kommission hat insgesamt viermal getagt und dabei 15 Anträge positiv beschieden, davon vier mit einer Empfehlung. Vier Anträge wurden im Umlaufverfahren, drei bei fehlendem Beratungsbedarf durch den Vorsitzenden entschieden und vier als rein epidemiologische Datensammlungen mit anonymisierten Daten zur Kenntnis genommen.

Insgesamt 10 Studien waren epidemiologischer Art, davon eine mit Zuhilfenahme gentechnischer Analysetechniken. Vier Studien waren reine Register-Sammlungen, vier Klinische Studien und fünf Studien hatten Validierungs- und Diagnoseverfahren zum Inhalt.

Die Kommission setzte im Jahre 2008 Gebühren zwischen 25 € und 300 € fest, insgesamt 1.700 Euro. Die Arbeit war damit kostendeckend.

## IX. Lebendspendekommission

### **Mitglieder der Lebendspendekommission nach dem Transplantationsgesetz waren im Jahr 2008:**

Dr. Ulrich Kütz (Vorsitzender, Arzt), Annegret Derleder (Juristin), Henning Drude (psychologisch erfahrene Person), Jens Pursche (Patientenvertreter).

Für die Lebendspendekommission verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Digby-Worsley.

Die Lebendspendekommission muss laut Gesetz vor Durchführung einer Lebendspende eingeschaltet werden. Sie soll klären, "ob begründete tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand verbotenen Handelns ist".

Hierzu bedient sich die Kommission psychiatrischer Gutachten, die über Spender und Empfänger vorher zu erstellen sind, sowie eines je etwa halbstündigen Gesprächs mit Spender und Empfänger.

Insgesamt wurden im Jahre 2008 acht gutachterliche Stellungnahmen abgegeben.

Hierbei handelte es sich um sechs Spenden zwischen Ehe- bzw. Lebenspartnern, wobei viermal die Frau und zweimal der Mann eine Niere spendeten. Zwei Spenden waren die einer Schwester für ihren Bruder.

Die Kommission erhebt für ihre Arbeit Gebühren und arbeitet kostendeckend.

## X. Krankenhauswesen

Der Ausschuss Krankenhaus kam zu seiner in dieser Wahlperiode konstituierenden Sitzung am 10. April 2008 zusammen und tagte ein weiteres Mal am 3. Juli 2008.

**Mitglieder des Ausschusses „Krankenhaus“ waren in 2008:**

Dr. Heidrun Gitter (Vorsitzende), Aicha Charimo Torrente, Dr. Markus Ebke, Dr. Lutz Graf, Marc Hanefeld, Dr. Thomas Liebsch, Dr. Michael Mühlenfeld, Jörn Sannemann, PD Dr. Wolfgang Sendt, Eva Wihtol.

Für den Ausschuss verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Brigitte Bruns-Matthießen.

Beratungen fanden statt zu den Tagesordnungspunkten

- Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes für Ärzte in den Kliniken des Landes Bremen
- Verbundweiterbildung zwischen Klinik und Praxis für zukünftige Hausärzte (allgemein)
- und aus der Sicht des Hausärzteverbandes
- Investitionsplanung zur Krankenhausfinanzierung im Land Bremen.

Zur Umsetzung des § 116 b (Ambulante Behandlung im Krankenhaus) SGB V hat die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen in ihrer Sitzung am 24. November 2008 eine Resolution verfasst, in der sie sich gegen die Etablierung von unwirtschaftlichen und medizinisch nicht begründeten Doppelstrukturen ausspricht und für einen lösungsorientierten Dialog zwischen Klinik- und Vertragsärzten plädiert.

## XI. Prävention

Der Ausschuss "Prävention" hat sich nach der Wahl durch die Delegiertenversammlung neu konstituiert und viermal getagt.

**Mitglieder des Ausschusses "Prävention" waren in 2008:**

Hubert Bakker (Vorsitzender), Dr. Hans-Udo Homoth, Dr. Frank Hittmann, Dirk Fornacon, Dr. Carmen-Sylvia Wischnewsky, Prof. Dr. Gerald Klose, Dr. Iris Gerlach, Dr. Joachim Wewerka, Dorothea Jungkamp, Dr. Johannes-Peter Mnich sowie Dr. Martin Götz und Eberhard Zimmermann als ständige Gäste.

Für den Ausschuss verantwortlicher Mitarbeiter der Ärztekammer Bremen ist Herr Blömer.

In seiner ersten Sitzung hat der Ausschuss die Möglichkeiten und Grenzen der Prävention beraten. Herr Bakker hat über die Zielsetzung des Präventionsgesetzes und die Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer berichtet, die auch einen Präventions-Kongress ausrichtet.

Für die zukünftigen Beratungen wurde von den Mitgliedern ein Themenspeicher entwickelt, gewichtet und konsentiert. Der erste Schwerpunkt der Beratungen bezog sich auf das Thema Bewegung und Ernährung in Schule und Kindergarten.

Herr Zimmermann berichtete über die epidemiologischen Daten und Ergebnisse sowie eine Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen in diesem Bereich. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das Thema Jugendliche und Auszubildende eingegangen.

Auf zwei Aktionen wurde vertieft eingegangen, die sich dem Schulsport und der Bewegungsförderung für Kinder widmen:

Schulsport - Neben den Sportstunden, die nach der Studentafel Bestandteil des regulären Unterrichts sind, werden allen Schülerinnen und Schülern in Bremen umfangreiche Wettbewerbs- und Wettkampfangebote gemacht. Diese Angebote werden jährlich in einer Schulsportbroschüre veröffentlicht, die auch via Internet abgerufen werden kann. <http://www2.bildung.bremen.de/sfb/behoerde/schulsport/index.html> Der Umfang der Angebote der Veranstaltungen nimmt stetig zu und wird von zahlreichen Sponsoren – Krankenkassen, Hotels, Werder Bremen, etc. – unterstützt.

Bewegungsförderung für Kinder - Die Broschüre „Junge Familien in Schwung“ - ist aus einer Kooperation des Bremer Turnverbandes, der Landessportjugend, der Bremer Kinderärzte und vielen weiteren Einrichtungen entwickelt worden. Differenziert nach Stadtteilen steht ein breites Spektrum von Bewegungsangeboten zur Verfügung. Dieses Angebot ist von der regionalen Ebene bis in den Nationalen Aktionsplan vernetzt. Die Broschüren werden über die Praxen der Kinderärzte an Eltern weitergegeben.



Neben dem Themenschwerpunkt wurden in den Sitzungen die Beschlüsse des Deutschen Ärztetages – Ulmer Papier –, der Nationale Aktionsplan Ernährung und Bewegung, der sog. "Petzparagraf" und die Initiative „Gesund älter werden“ angesprochen.

## XII. Schlichtungsausschuss

**Mitglieder im Schlichtungsausschuss waren in 2008:**

Dr. Eva Ramsauer (Vorsitzende), Dr. Guido Kirchgesser, Dr. Dorothee Lübbert

Für den Schlichtungsausschuss verantwortliche Mitarbeiterin der Ärztekammer ist Frau Dr. Delbanco.

Der Schlichtungsausschuss hat nach der Satzung die Aufgabe, Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammerangehörigen ergeben, zu schlichten oder einen Schiedsspruch zu fällen. Ein Schlichtungsverfahren kann nur durchgeführt werden, wenn beide Seiten dazu ihr Einverständnis erklären. Im Jahr 2008 bestand keine Notwendigkeit, ein Schlichtungsverfahren durchzuführen.

## XIII. Neue Versorgungsformen

Der Ausschuss „Neue Versorgungsformen“ hat sich im April 2008 konstituiert. Auf die Wahl eines Vorsitzenden wurde verzichtet, da die wesentlichen Fragen, die sich aus der Öffnung der Berufsordnung und dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz ergeben haben, in der vergangenen Legislaturperiode beraten wurden. Der Ausschuss wird tätig, soweit konkrete Lösungen zu erarbeiten sind, die vom Vorstand oder der Delegiertenversammlung erwartet werden.

**Mitglieder im Ausschuss Neue Versorgungsformen waren in 2008:**

Dirk Fornacon, Dr. Iris Gerlach, Jürgen Grewe, Dr. Jörg Gröticke, Ralf Gronemeyer (bis August 2008), Prof. Dr. Dr. Max Heiland, Prof. Dr. Hans-Heinrich Heidtmann, Dr. Anne-Kathrin Nethe, Dr. Till Spiro, Dr. Iris Steck

Für den Ausschuss „Neue Versorgungsformen“ verantwortlicher Mitarbeiter der Ärztekammer ist Herr Blömer.

## XIV. Öffentlichkeitsarbeit

### 1. Bremer Ärztejournal

Das wichtigste Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit ist das zehnmal im Jahr zum 1. eines Monats erscheinende Bremer Ärztejournal. Die redaktionelle Arbeit wird vom Redaktionsausschuss geleistet, der monatlich über die einzelnen Ausgaben berät und entscheidet. Der Pressebeirat berät und beschließt die inhaltliche Schwerpunktsetzung der einzelnen Ausgaben.

Im Jahr 2008 sind folgende Schwerpunktheft erschienen:

Februar	Öffentlicher Gesundheitsdienst
März	Impfen
April	Prävention
Mai	Arzneimittel im Alter
Juni	Endokrinologie der Frau
Juli/August	Notfallmedizin
September	Psoriasis
Oktober	Neue Versorgungsformen
November	Kinderheilkunde
Dezember/Januar	Neurologische Rehabilitation



### Mitglieder im Redaktionsausschuss waren in 2008:

von der Ärztekammer:

Dr. Klaus-Dieter Wurche, Dr. Heidrun Gitter, PD Dr. Heike Delbanco, Franz-Josef Blömer

von der Kassenärztlichen Vereinigung:

Dr. Till Spiro, Günter Scherer, Marion Saris.

### Mitglieder im Pressebeirat waren in 2008:

von der Ärztekammer:

Franz-Josef Blömer, Dr. Thomas Brabant, PD Dr. jur. Heike Delbanco, Dr. Heidrun Gitter, Dr. Johannes Grundmann, Dr. Alfred Haug, Dr. Martin Rothe, Dr. Klaus-Dieter Wurche

von der Kassenärztliche Vereinigung

Dr. Arnoud Demedts, Dr. Heinrich Eitmann, Dr. Bernward Fröhlingsdorf, Dr. Walter Peters, Marion Saris, Günter Scherer, Dr. Peter Schütte, Dr. Till Spiro

vom Peter Schoppe Verlag

Andrea Klungen, Peter Schoppe.

## **2. Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit**

Die Ärztekammer gab mehrere Pressemitteilungen heraus, in denen sie zu aktuellen Themen informierte und Stellung bezog.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch über die gemeinsam mit dem Landessportbund herausgegebene Broschüre "Sport pro Gesundheit", über die Freisprechung von neu ausgebildeten Arzthelferinnen sowie über die Resolutionen der Delegiertenversammlung informiert.

Gemeinsam mit dem Marburger Bund, der Bremer Krankenhausgesellschaft und verdi initiierte die Ärztekammer das auf Bundesebene ins Leben gerufene Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ in Bremen. Das Bündnis richtete an Bundesregierung und Bundestag die Forderung, die Kliniken endlich vom politischen Spar-Diktat zu befreien und sie so schnell wie möglich aus eigener Kraft und mit geeigneten finanziellen Mitteln die notwendige und hochwertige medizinische Versorgung der Patienten sichern zu lassen.

Gemeinsam wandte man sich mit folgenden Forderungen an die politisch Verantwortlichen:

- Stoppt die Kürzungen
- Weg mit dem Deckel auf Krankenhausbudgets
- Ausgleich für steigende Energie- und Sachkosten
- Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen
- Mehr Geld für Arbeitsplätze und Nachwuchssicherung.

Die Forderungen wurden der Öffentlichkeit auf gemeinsamen Veranstaltungen und Pressekonferenzen kommuniziert.



## XV. Finanzen der Ärztekammer

### 1. Finanzausschuss

Mitglieder des Finanzausschusses waren in 2008:

Dr. Ernst-Gerhard Mahlmann (Vorsitzender), Dr. Klaus Albrecht, Dr. Immo Pape, Dr. Gerd Praetorius, Ingor Schrieber, Prof. Dr. Hartmut Zschiedrich, Dr. Tim Hülkamp, Franziska Büge

Für den Finanzausschuss verantwortliche Mitarbeiter der Ärztekammer sind Frau Dr. Delbanco und Herr Laesch.

Der Finanzausschuss hat im Jahr 2008 zweimal getagt. Im Mittelpunkt stand zunächst der Jahresabschluss 2007, dessen einzelne Ausgabepositionen intensiv diskutiert wurden. Der Jahresabschluss der Versicherungsvermittlungsgesellschaft der Ärztekammer Bremen mbH wurde ebenfalls geprüft. Die Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der "Unabhängigen Patientenberatung Bremen", an der die Ärztekammer Bremen finanziell beteiligt ist, sowie der "Schlichtungsstelle der norddeutschen Ärztekammern" wurden ebenfalls beraten. Der Entwurf des Haushaltsplans 2009 der Ärztekammer sowie die Festsetzung des Kammerbeitrages wurden intensiv beraten und geprüft.

Ausführlich diskutiert wurden die geplanten Aufwendungen, die für 2009 leicht über dem Ansatz für 2008 lagen. Grund dafür ist - neben tariflichen Gehaltserhöhungen - das im Jahr 2009 anstehende 50jährige Kammerjubiläum. Auch die Einnahmeerwartungen aus den Gebühren und dem Kammerbeitrag, der seit mehreren Jahren konstant bei 0,52% liegt, waren Gegenstand der Diskussion.

Im Ergebnis hat der Finanzausschuss der Delegiertenversammlung vorgeschlagen, den Haushaltsplan 2009 wie vom Vorstand vorgelegt zu beschließen und den Hebesatz für das Jahr 2009 wie in den Vorjahren auf 0,52% festzusetzen. Diesem Vorschlag folgte die Delegiertenversammlung mit großer Mehrheit.

### 2. Haushaltsjahr 2008

Die Ärztekammer konnte das Haushaltsjahr 2008 erneut mit einem Überschuss abschließen, der vor Verwendung von Rücklagen 136 T€ betrug. Grund dafür war eine sparsame Haushaltsführung, die zu geringeren Aufwendungen als im Vorjahr führte. Dazu beigetragen haben aber auch die guten Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren. Die Personalaufwendungen lagen im Jahr 2008 rund 40 T€ unter dem Haushaltsvoranschlag (995 T€). Die Aufwendungen für die Selbstverwaltung betragen 144 T€. Die Aufwendungen für Sachkosten betragen etwa 531 T€ und lagen damit rund 70 T€ unter den Aufwendungen des Jahres 2007, bei denen Rückstellungen für im Jahr 2008 anfallende Gebäuderenovierungen eingestellt worden waren. 129 T€ mussten für die Finanzierung der Bundesärztekammer bereitgestellt werden. An Abschreibungen sind rund 58 T€ angefallen.

Neben den Beitragseinnahmen in Höhe von rund 1.382 T€ wurden 121 T€ für die Ausbildung von Arzthelferinnen eingenommen sowie rund 240 T€ an zweckgebundenen Erträgen, vor allem an Teilnehmerbeiträgen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und sonstigen Gebühren. Auch die übrigen Erträge (Zinsen, Mieterträge) fielen mit rund 203 T€ höher aus als im Vorjahr.

## XVI. Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen

### Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

In die Geschäftsstelle in Bremen sind im Jahr 2008 etwa 2.020 unangemeldete Besucher gekommen, vor allem Kammermitglieder, in die Bezirksstelle Bremerhaven rund 875 Besucher. In der Telefonzentrale (incl. Bremerhaven) sind auch in diesem Jahr wieder circa 18.350 Telefonanrufe angenommen worden, die zum größten Teil direkt von den Mitarbeiterinnen in der Zentrale bearbeitet oder beantwortet werden konnten. Seit dem Jahr 2003 erfolgt darüber hinaus eine rege Kommunikation über das Internet mit einer Vielzahl von e-mails und mit etwa 20.000 Zugriffen auf den Internetauftritt der Ärztekammer Bremen unter [www.aekhb.de](http://www.aekhb.de). Von der Ärztekammer sind im Jahr 2008 etwa 850 Arztausweise (incl. Verlängerungen) ausgestellt worden.



Die Zahl der Mitarbeiterinnen ist im Jahr 2008 konstant geblieben.

### Personal (am 31.12.2008)

#### **Geschäftsführung:**

Hauptgeschäftsführerin  
PD Dr. jur. Heike Delbanco

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer  
Franz-Josef Blömer

#### **Mitarbeiter/-innen:**

##### **Sekretariat Präsident / HGF**

Ethikkommission, Lebendspendekommission  
Gudrun Digby-Worsley

##### **Meldewesen, Beiträge**

Edelgard Vogler

##### **Ärztliche Weiterbildung**

Brigitte Bruns-Matthießen (30 Std.)  
(ärztliche Leitung)

##### **Beschwerden, Rechnungswesen**

Andreas Laesch

Nina Hölscher

Heide Bohlen (29 Std.)

##### **Empfang, Telefonzentrale, Beschwerden**

Dagmar Penschinski

Susanne Freitag (30 Std.)

Daniela Poggensee (19 Std.)

Angelika Reuke (20 Std.)

##### **EDV**

Nicole Gerken

##### **Akademie für Fort- und Weiterbildung**

Dr. Susanne Hepe

(ärztliche Leitung, 30 Std.)

##### **Bezirksstelle Bremerhaven**

Claudia Dambeck

Friederike Backhaus

Katja Plecher (22 Std., bis 5. August)

Yvonne Länger (22 Std., ab 5. August)

Kirsten Brünjes (30 Std.)

##### **Auszubildende**

Lena Wrieden; Jan-Niklas Martel (bis 1.7.2008);

André Heuer (seit 1.8.2008)

##### **Arztshelferinnen, Ausbildungsverträge, Beiträge**

Anja Neumann (30 Std.)

##### **Justitiar**

RA und Notar Wolf Martin Nentwig

## **XVII. Bezirksstelle Bremerhaven**

Die Ärztekammer unterhält in Bremerhaven eine eigene Bezirksstelle. Die Bezirksstelle ist im Sommer 2008 von der Virchowstr. 8 in neue Räume im St. Joseph-Hospital, Wiener Straße 1, 27568 Bremerhaven umgezogen.

In der Bezirksstelle werden grundsätzlich alle Aufgaben wahrgenommen, für die die Ärztekammer zuständig ist. Die Tätigkeit der Bezirksstelle erfolgt in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle in Bremen. Mitarbeiterin in der Bezirksstelle ist Frau Claudia Dambeck. In der Bezirksstelle erschienen im Laufe des Jahres 2008 987 Besucher und es gingen annähernd 5.600 Telefongespräche ein.

Außerdem wird von der Bezirksstelle die einmal jährlich stattfindende, sechstägige Gesundheitswoche organisiert, die große Resonanz in der Öffentlichkeit findet. 2008 fand die 17. Bremerhavener Gesundheitswoche in der Zeit vom 6.-11. September 2008 in der Stadthalle Bremerhaven statt. An der Gesundheitswoche haben 97 Referentinnen und Referenten mitgewirkt. Von den insgesamt ca. 4.500 Personen besuchten rund 1.400 Schülerinnen und Schüler sowie 330 Kindergartenkinder das Programm am Vormittag. Außerdem fand eine Lehrer-Ärztfortbildung statt, an der 210 Personen teilgenommen haben. Die Vorbereitungsgruppe wurde auch im Jahr 2008 von Herrn Klaus Struck geleitet.

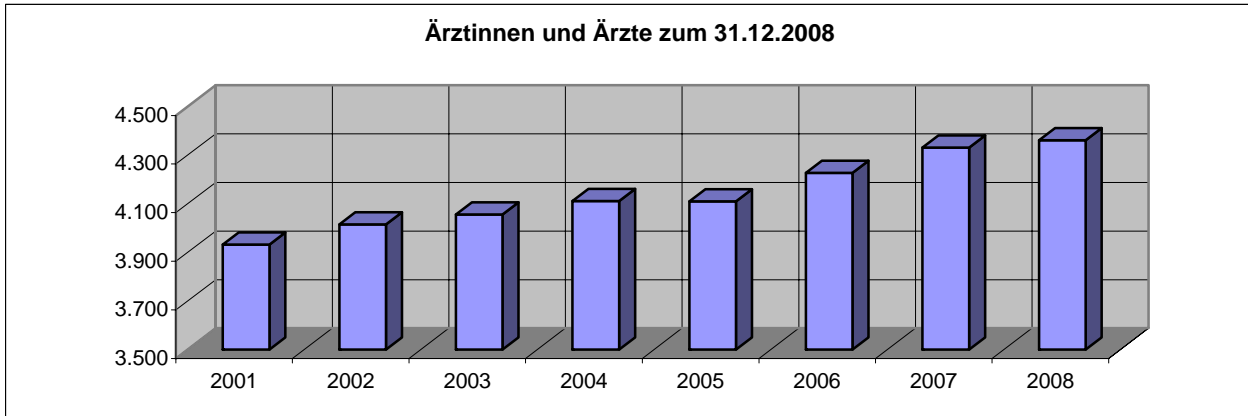
Vorsitzender der Bezirksstelle Bremerhaven ist Dr. Klaus-Dieter Wurche.



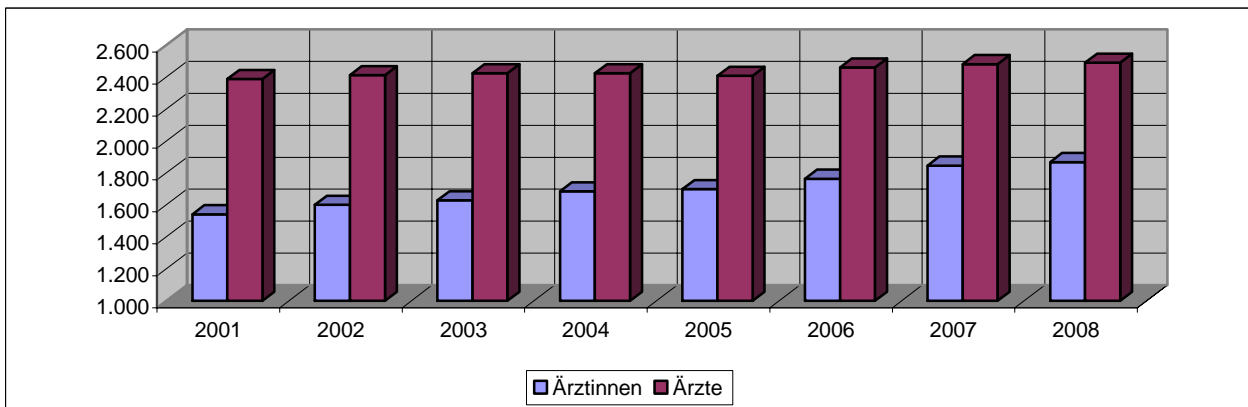


## XVIII. Mitgliederstatistik

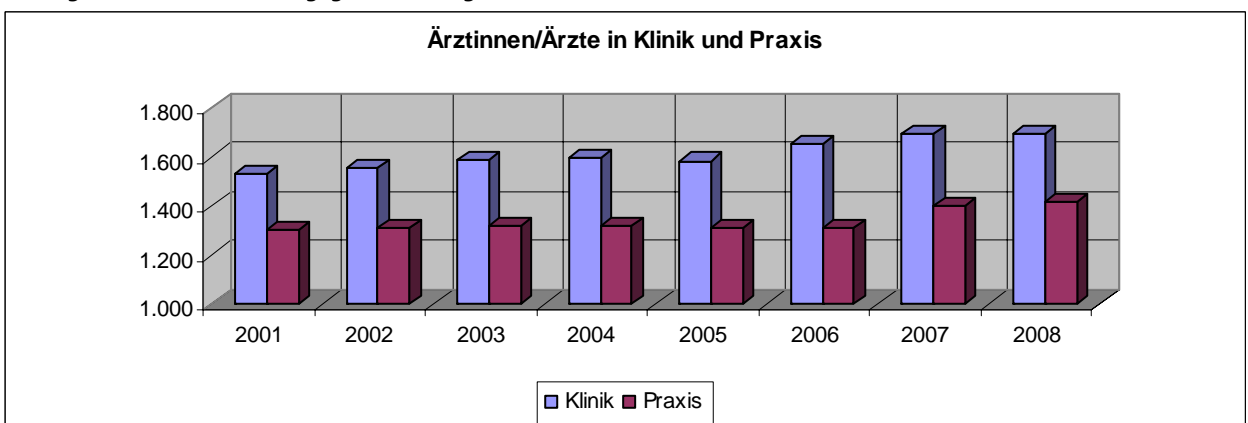
Zum 31. Dezember 2008 waren in der Ärztekammer Bremen 4.361 Ärztinnen und Ärzte erfasst. Gegenüber dem Vorjahr sind 31 neue Mitglieder hinzugekommen. Die positive Entwicklung, die bereits in den Vorjahren zu verzeichnen war, hat sich damit stabilisiert.



Während der Anteil der Ärztinnen im Jahre 2001 bei einem relativen Anteil von 39% lag, ist dieser Anteil im Jahre 2007 auf 43 % gestiegen. Im Jahre 2008 ist dieser Anteil konstant geblieben.

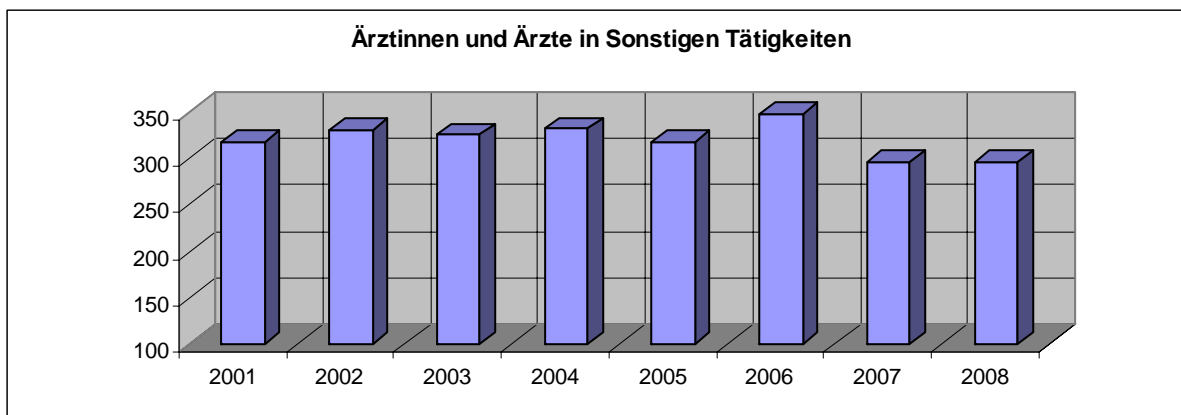


Der leicht positive Zuwachs bei den Mitgliederzahlen verteilt sich bezogen auf die Tätigkeitsarten auf den Bereich der Praxen, während im Bereich der Kliniken ein marginaler Rückgang eingetreten ist (-4). Die positive Entwicklung im Bereich der Praxen ist sicherlich in der Öffnung der Berufsordnung und den Möglichkeiten des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes begründet.





Das Tätigkeitsfeld der „Sonstigen Tätigkeiten“, zu denen Ärztinnen und Ärzte u. a. im Medizinischen Dienst, Gesundheitsamt, in Versicherungsanstalten und Betriebsärzte gehören, ist nach einem deutlichen Rückgang im Jahre 2007 auf diesem abgesenkten Niveau unverändert verblieben.



### Gesamtübersicht der Entwicklung der Mitglieder in den letzten fünf Jahren im Lande Bremen nach Tätigkeitsfeldern

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Niedergelassene Ärzte	1.302	1.312	1.318	1.316	1.312	1.310	1.401	1.413
Krankenhausärzte	1.532	1.559	1.590	1.596	1.584	1.652	1.696	1.692
Ärzte in sonstigen Bereichen incl. Praxisassistenten	318	331	325	332	318	348	296	296
ohne ärztl. Tätigkeit	780	812	822	867	895	916	937	960
<b>Insgesamt</b>	<b>3.932</b>	<b>4.014</b>	<b>4.055</b>	<b>4.111</b>	<b>4.109</b>	<b>4.292</b>	<b>4.330</b>	<b>4.361</b>

## XIX. Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen

Das Versorgungswerk ist eine Einrichtung der Ärztekammer Bremen, die als Sondervermögen getrennt verwaltet wird. Aufgabe des Versorgungswerkes ist es, seine Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie deren Hinterbliebene abzusichern.

Das Versorgungswerk hat drei Organe:

- Die **Delegiertenversammlung der Ärztekammer** beschließt über Satzungsänderungen und Leistungsanhebungen, stellt den Jahresabschluss fest und wählt die Mitglieder des Verwaltungs- und des Aufsichtsausschusses.
- Der **Aufsichtsausschuss** überwacht die Geschäftstätigkeit, entscheidet über Widersprüche gegen Bescheide des Verwaltungsausschusses und über Immobiliengeschäfte, prüft die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung und bestellt den Wirtschaftsprüfer. Er tagte im Jahr 2008 dreimal, davon einmal zusammen mit dem Verwaltungsausschuss. Dem Aufsichtsausschuss gehörten Ende 2008 an: Dr. Martin Rothe (Vorsitzender), Prof. Dr. Hermann Holzhüter (stellv. Vorsitzender), Dr. Horst Elbrecht, Dirk Fornaçon, Fritz Lütke-Uhlenbrock (Vorstandsmitglied der Bremer Landesbank), Dr. Anna Gertrud Michael und Rechtsanwalt und Notar Wolf-Martin Nentwig (Justitiar der Ärztekammer Bremen).



- Der **Verwaltungsausschuss** entscheidet u. a. über Anträge auf Berufsunfähigkeitsrente und Beitragsermäßigungen, die Strategie der Vermögensanlagen, über Anlagen im Wertpapierbereich sowie Vorschläge zur Änderung der Satzung bzw. der Leistungen. Der Ausschuss tagte im letzten Jahr achtmal, davon einmal zusammen mit dem Aufsichtsausschuss. Dem Verwaltungsausschuss gehörten 2008 an: Dr. Karsten Erichsen (Vorsitzender), Dr. Klaus-Ludwig Jahn (stellv. Vorsitzender), Dr. Karin Eberhardt, Kurt Alexander Michael (Deutsche Apotheker- und Ärztekbank eG), Dr. Dorothea Probst, Dr. jur. Ulf Schomburg (Vorsitzender Richter d. sog. Handelssenats am OLG Bremen i.R).

Die Wertpapier-Spezialfonds des Versorgungswerks wurden 2008 in einem Masterfonds zusammengeführt. Dessen Anlageausschuss, der sich aus Mitgliedern des Verwaltungsausschusses sowie Vertretern der Depotbank und der Kapitalanlagegesellschaft zusammensetzt, tagte 2008 zweimal.

Der Anlageausschuss eines zusammen mit drei ärztlichen Versorgungswerken und vier Versorgungseinrichtungen aus anderen Berufsständen aufgelegten Immobilienspezialfonds tagte zweimal in Hamburg. In der Herbstsitzung wurde der Vorsitz von Dr. Erichsen planmäßig nach zwei Jahren an Dr. Gadomski, Präsident der Ärztekammer des Saarlandes, übergeben.

### **Jahresabschluss 2007**

Dem vom Versorgungswerk beauftragten Sachverständigen, der Heubeck AG, Köln, wurden die erforderlichen Daten zur Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens zugeleitet. Aus diesen Berechnungen ergeben sich u.a. die Höhe der notwendigen Rückstellungen zur Abdeckung der künftigen Ansprüche an das Versorgungswerk sowie die freien Mittel zur Anhebung der Leistungen. Die Deckungsrückstellung belief sich zum 31.12.2007 auf € 683,7 Mio. (Vorjahr € 637,6 Mio.), die Bilanzsumme stieg auf € 705,1 Mio. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 erfolgte im Mai 2008 durch die vom Aufsichtsausschuss bestellte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte dem Jahresabschluss des Versorgungswerks einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen stellte am 24. November 2008 den Jahresabschluss 2007 des Versorgungswerks fest und entlastete den Aufsichts- und Verwaltungsausschuss.

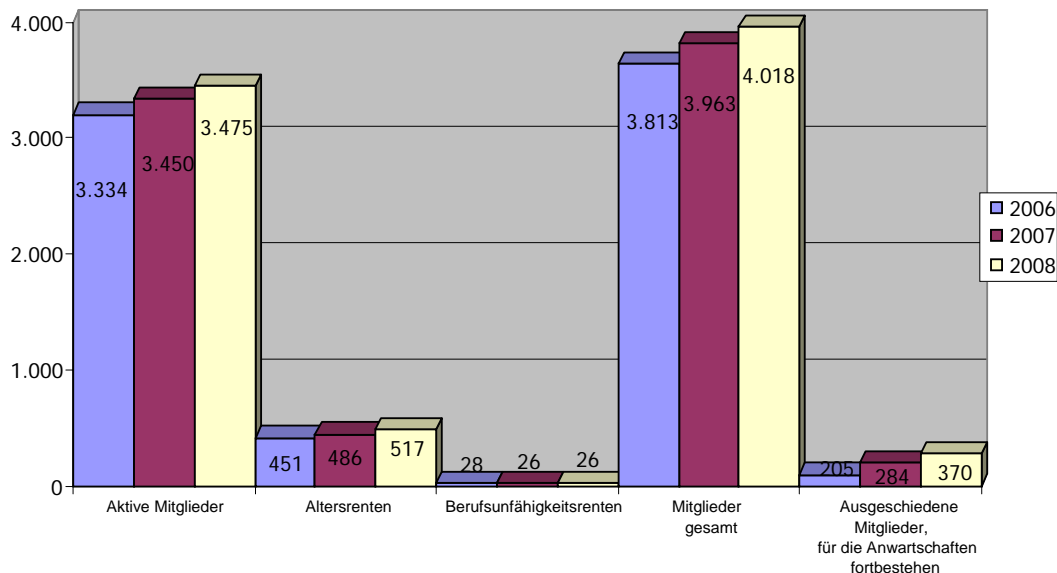
### **Leistungen des Versorgungswerks bleiben auch 2009 konstant**

Zum Ausgleich der längeren Rentenbezugsdauer infolge der deutlich gestiegenen Lebenserwartung der Mitglieder und als Vorsorge für mögliche Auswirkungen der Finanzkrise hat die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses beschlossen, die laufenden Renten und die Rentenanwartschaften des Versorgungswerks mit Wirkung ab 01.01.2009 ausnahmsweise noch einmal nicht anzuheben. Die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage gem. § 20 Abs. 3 der Satzung wird dementsprechend in 2009 unverändert € 46.587,92 betragen.

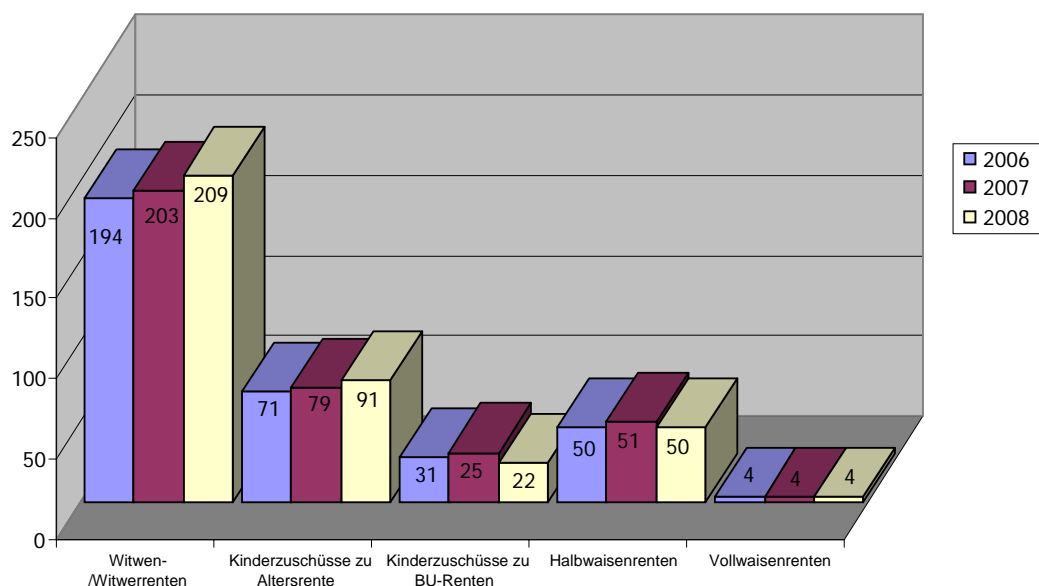


## Mitgliederstatistik

### Mitgliederstand des Versorgungswerks



### Bestand der übrigen Leistungsempfänger



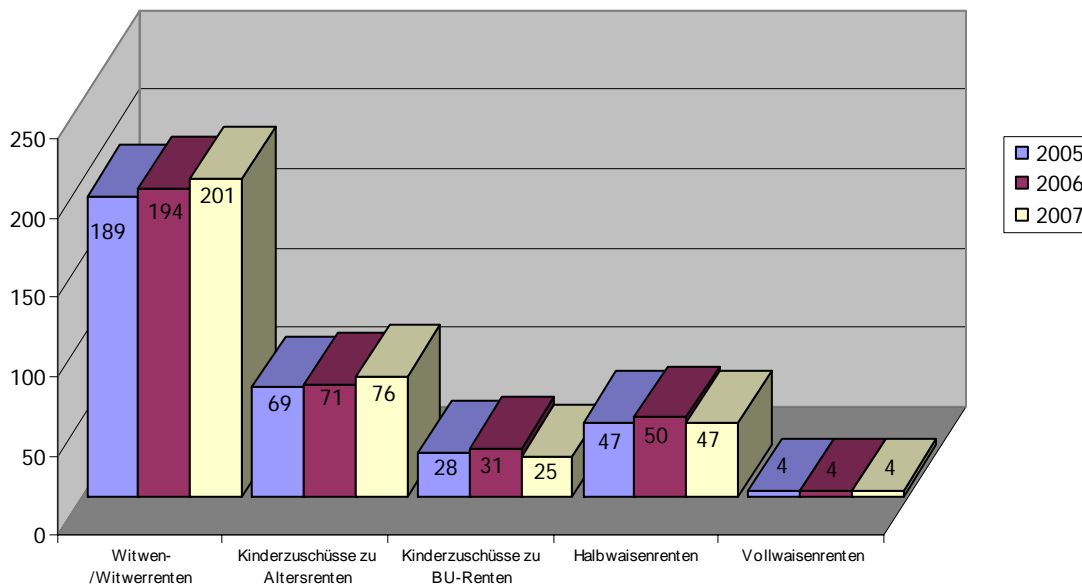
## Beiträge zum Versorgungswerk

Der maßgebliche Beitragssatz belief sich im Jahr 2008 analog zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,9%, bezogen auf die Beitragsbemessungsgrenze von € 5.300,00 (West) ergab sich dementsprechend eine allgemeine Versorgungsabgabe i. H. v. € 1.054,70 monatlich. Die Beitragseinnahmen beliefen sich 2008 auf durchschnittlich € 3,2 Mio. monatlich, davon wurden jeweils ca. € 1,2 Mio. per Lastschrift eingezogen. Ein Teil der niedergelassenen Mitglieder nahm eine Beitragsermäßigung zu Lasten der späteren Rentenhöhe in Anspruch. Hierfür sind jeweils Abstimmungen mit den erreichten Einkünften erforderlich. Bei Honorartätigkeiten ist im Hinblick auf die Höhe des anzuwendenden Beitragssatzes auch zu prüfen, ob ein oder mehrere Auftraggeber vorhanden sind. Alle beitragszahlenden Mitglieder haben eine Bescheinigung über die im Vorjahr geleisteten Beiträge und eine Mitteilung über den erreichten Stand ihrer Anwartschaft auf Altersrente erhalten.



### Rentenzahlungen des Versorgungswerks

Das Versorgungswerk zahlte 2008 monatlich im Voraus Renten von durchschnittlich 1,7 Mio. Euro aus. Es wurden 18 vorgezogene und 28 reguläre Altersrenten, 2 Berufsunfähigkeitsrenten sowie 14 Witwen-/Witwerrenten neu bewilligt. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtung wurden bei einem erheblichen Teil der Rentenempfänger Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung einbehalten und monatlich an verschiedene Krankenkassen im Bundesgebiet abgeführt. Bei einigen Rentenempfängern waren eingegangene Pfändungen zu berücksichtigen. Elf Renten wurden monatlich ins Ausland überwiesen.

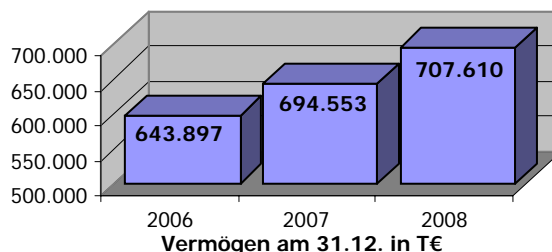


### Vermögensanlagen des Versorgungswerks

Die Zuflüsse aus fälligen oder vorzeitig veräußerten Wertpapieren, Versorgungsabgaben, Mieten und Erträgen aus Kapitalanlagen sind unter Beachtung der Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, der Anlageverordnung für Versicherungsunternehmen und der Anlagerichtlinien des Aufsichtsausschusses sicher und rentabel unter Beachtung einer angemessenen Risikostreuung anzulegen. Das angesammelte Kapital dient der Abdeckung der laufenden und künftigen Rentenansprüche der Mitglieder.

Das Vermögen des Versorgungswerks war am 31.12.2008 mit 43,66 % in Schuldscheindarlehen, mit 21,34 % in Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefen, mit 0,01 % in festverzinslichen Wertpapieren, zu 30,17 % in Wertpapierspezialfonds und zu 4,18 % in Immobilien und Immobilienfondsanteilen sowie zu 0,64 % in Termingeldern angelegt.

### Vermögen des Versorgungswerks der Ärztekammer Bremen



Alle Zahlenangaben zum Jahr 2008 sind vorläufig und unverbindlich!



Vertreter des Versorgungswerks nahmen an den Sitzungen der Ständigen Konferenz der Bundesärztekammer "Ärztliche Versorgungswerke", den Treffen der Geschäftsführer berufsständischer Versorgungseinrichtungen sowie der Mitgliederversammlung und den zu verschiedenen Themen erfolgten Informationsveranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungswerke (ABV) teil.

### Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit

Infolge des mit Wirkung vom 1.01.2005 neu geregelten Lokalisierungsprinzips stieg die Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder, für die Anwartschaften fortbestehen, auf 370. Diese können später bei den Versorgungswerken oder Rententrägern im EU-Ausland, bei denen sie zeitweilig Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt haben, entsprechende anteilige Leistungen beanspruchen.

Im Laufe des Jahres wurden verschiedene Vorschläge zur Änderung der Satzung vorbereitet, die zunächst in der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen am 29.09.2008 beraten und dann in der darauf folgenden Delegiertenversammlung am 24. November 2008 beschlossen wurden. Die Änderungen der Satzung betreffen den künftigen Mitgliederzugang, zum Teil auch den aktuellen Mitgliederbestand. Neben verschiedenen redaktionellen Anpassungen wurde schwerpunktmäßig über eine Heraufsetzung des regulären Rentenbeginnalters entschieden. Die hier beschlossene Regelung sieht eine sukzessive Anhebung des Beginns der Regelaltersrente in Einmonatsschritten vor, beginnend ab dem Geburtsjahr 1954. Diese ab dem Jahr 2019 und damit später als in der gesetzlichen Rentenversicherung beginnende Übergangsphase bietet allen Mitgliedern die Möglichkeit, rechtzeitig und in Ruhe den Übergang in die Rente planen zu können. Für die Jahrgänge vor 1954 gilt weiter der bisherige Regelaltersrentenbeginn von 65 Jahren.

Das Alterseinkünftegesetz erfordert eine gewisse Gleichstellung des Versorgungswerks mit der gesetzlichen Rentenversicherung. Würden diese Vorgaben nicht eingehalten, könnten die gezahlten Beiträge von den Mitgliedern künftig nicht mehr steuerlich abgesetzt werden. Vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) wurde in diesem Zusammenhang verfügt, dass der frühestmögliche Beginn der vorgezogenen Altersrente für alle Neuzugänge nach dem 31.12.2011 auf das vollendete 62. Lebensjahr heraufgesetzt werden muss. Entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses wurde der frühestmögliche Rentenbeginn für den vorhandenen Mitgliederbestand ebenfalls in Einmonatsschritten auf das 62. Lebensjahr heraufgesetzt. Die beschlossene Regelung sieht vor, dass Mitglieder, die vor dem 01.01.2012 eingetreten und vor dem 01.01.1954 geboren wurden, vorgezogene Altersrente weiterhin frühestens ab dem vollendeten 60. Lebensjahr in Anspruch nehmen können. Für Mitglieder, die vor dem 01.01.2012 eingetreten sind und nach dem 31.12.1953 geboren wurden, gilt die beschlossene Übergangsregelung. Mitglieder, die nach dem 31.12.2011 eintreten werden, können vorgezogene Altersrente grundsätzlich erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres erhalten.

Mit Inkrafttreten des SGB IV – Änderungsgesetzes am 01.01.2008 wurden alle Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, für Beschäftigte, die Mitglied einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind, Meldungen an eine Datenannahmestelle der berufsständischen Versorgungseinrichtungen auf elektronischem Weg zu erstatten. Von der ABV wurde als Datenannahme- und Verteilerstelle die "DASBV Datenservice für berufsständische Versorgungseinrichtungen GmbH" gegründet und aufgebaut.

Zur Vorbereitung des elektronischen Meldeverfahrens wurde allen Mitgliedern ihre um die Kennziffer des Versorgungswerks und eine Prüfziffer erweiterte Mitgliedsnummer mitgeteilt. Des Weiteren wurden die betreffenden Arbeitgeber ebenfalls auf diese gesetzlich vorgegebene Umstellung hingewiesen. Die EFK Entwicklungsgesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH hat die erforderlichen Programmierungsarbeiten für die Entgegennahme der elektronischen Meldungen und deren Weiterbearbeitung im Versorgungswerk erfolgreich durchgeführt.

Unter Hinweis auf die eingeführte Rentenmeldepflicht des Versorgungswerks haben alle Rentenempfänger eine Bescheinigung über die ihnen im Vorjahr zugeflossenen Leistungen unter Berücksichtigung der einzubehaltenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge erhalten. Die jeweiligen Jahreswerte und weitere Daten zum Rentenbezug sind aufgrund des Alterseinkünftegesetzes seit dem 01.01.2005 gesondert vorzuhalten. Die gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) für die Jahre 2005 bis 2008 sollen nach derzeitigen Vorgaben im vierten Quartal 2009 erfolgen. Die EFK



Entwicklungsgesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH ist mit der Programmierung der für die Abwicklung des Meldeverfahrens erforderlichen Software beauftragt.

Personal des Versorgungswerks (am 31.12.2008)

Geschäftsführer:	Hermann Lohmann	Vermögensverwaltung, stellv. Geschäftsführerin:	Annette Meyer (24 Stunden)
Sekretariat/Allgemeine Verwaltung:	Erika Abramowski	Meldewesen/Beratung:	Claudia Diering
Leiterin Rechnungswesen:	Gisela Krüger (35 Stunden)	Buchhaltung, Zahlungs- verkehr, Kasse:	Ute Köhler
Beiträge, Renten, Rentnerkrankenvers.:	Ludmila Bier	Beitragswesen, elektron. Meldeverfahren:	Agnes Jesse

Eine Mitarbeiterin befindet sich in Elternzeit.



<b>Tabelle 1: Ausgesprochene Anerkennungen in den Jahren 2004 bis 2008</b>					
	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>
<b>Gebiete und Schwerpunkte</b>					
Anästhesiologie	15	12	18	16	13
Arbeitsmedizin	2	6	2	1	1
Augenheilkunde	5	6	4	5	5
Chirurgie					
-Allgemeinchirurgie bzw. Chirurgie gem. WbO '96	6	12	11	6	9
-Gefäßchirurgie bzw. Schwerpunkt Gefäßchirurgie gem. WbO '96	1	1	-	2	2
-Herzchirurgie bzw. Herzchirurgie gem. WbO '96	-	-	-	1	2
-Kinderchirurgie bzw. Kinderchirurgie gem. WbO '96	-	-	-	-	1
-Orthopädie und Unfallchirurgie	-	1	12	14	9
-Orthopädie gem. WbO '96	5	3	3	2	1
-Schwerpunkt Rheumatologie gem. WbO '96	-	-	-	-	2
-Schwerpunkt Unfallchirurgie gem. WbO '96	2	6	2	2	3
-Plastische und Ästhetische Chirurgie bzw. Plastische Chirurgie gem. WbO '96	1	1	-	2	1
-Thoraxchirurgie bzw. Schwerpunkt Thoraxchirurgie gem. WbO '96	-	2	1	2	-
-Visceralchirurgie bzw. Schwerpunkt Visceralchirurgie gem. WbO '96	2	1	1	-	2
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	5	5	8	9	3
-Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin	-	1	-	-	-
-Gynäkologische Onkologie	-	-	4	-	-
-Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmedizin	-	-	0	2	1
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	2	6	6	4	6
Sprach-, Stimm- u. kindl. Hörstörungen	-	-	-	1	-
Haut- und Geschlechtskrankheiten	-	4	2	1	-





Humangenetik	-	-	-	-	1
Innere Medizin gem. WbO '96	26	18	32	24	18
- (Innere und) Allgemeinmedizin bzw. Facharzt Allgemeinmedizin gem. WbO '96	0	11	2	1	2
	9	8	6	2	2
- Angiologie	1	-	1	-	-
- Endokrinologie und Diabetologie					1
- Gastroenterologie	4	6	3	7	5
- Hämatologie und Internist. Onkologie	2	3	-	5	2
- Kardiologie	3	1	2	4	4
- Nephrologie	2	2	4	4	1
- Pneumologie	5	1	2	1	2
- Rheumatologie	-	-	1	1	1
Kinder- und Jugendmedizin	3	6	16	7	8
-Kinder-Hämatologie und -Onkologie	-	-	2	-	1
-Kinderkardiologie	1	-	-	1	-
-Neonatologie	3	1	4	-	3
-Neuropädiatrie	-	-	13	1	-
Kinder- und Jugendpsychiatrie und PT	1	-	1	3	-
Laboratoriumsmedizin	-	-	-	-	-
Mikrobiologie u. Infektionsepidemiologie	-	-	-	-	-
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	2	-	1	1	1
Nervenheilkunde gem. WbO '96	-	-	3	-	1
Neurochirurgie	1	-	6	-	1
Neurologie	2	2	4	7	2
Nuklearmedizin					1
Öffentliches Gesundheitswesen	1	-	-	-	2
Pathologie	-	2	1	-	-
Neuropathologie bzw. Neuropathologie gem. WbO '96	-	-	-	-	-
Physikalische und Rehabilitative Medizin	-	-	-	-	-
Psychiatrie und Psychotherapie	5	8	6	9	5
-Forensische Psychiatrie	-	-	3	-	3
Psychosomatische Medizin und PT bzw. Psychotherapeutische Medizin gem. WbO '96	-	-	1	-	-
Radiologie	7	7	7	2	3
-Kinderradiologie	-	-	-	-	1
Rechtsmedizin	-	-	1	-	-
Strahlentherapie	-	-	-	2	1
Transfusionsmedizin	-	-	1	-	1
Urologie	1	3	1	5	1



Summe Gebiete und Schwerpunkte	125	146	198	157	135
<b>Zusatzbezeichnungen (Bereiche)</b>					
Ärztliches Qualitätsmanagement	1	6	2	1	-
Akupunktur	-	7	17	12	4
Allergologie	3	3	5	3	-
Andrologie	-	-	4	5	3
Betriebsmedizin	7	2	1	3	-
Bluttransfusionswesen	-	-	-	-	-
Diabetologie	-	30	3	1	2
Flugmedizin	-	1	1	-	-
Geriatric	-	1	3	2	2
Gynäkologische Exfoliativ-Zytologie	-	-	1	1	-
Hämostaseologie	-	-	5	2	-
Handchirurgie	-	1	-	1	1
Homöopathie	2	2	3	3	1
Infektiologie	-	-	1	5	-
Intensivmedizin	-	10	6	5	4
Kinder-Endokrinologie und- Diabetologie	-	-	4	-	1
Kinder-Gastroenterologie	-	-	2	1	-
Kinder-Pneumologie	-	-	2	1	-
Kinder-Rheumatologie	-	1	1	-	-
Kinder-Nephrologie	-	-	2	-	-
Kinder-Orthopädie	-	-	1	-	-
Manuelle Medizin/Chirotherapie	3	5	7	4	7
Medikamentöse Tumorthherapie	-	-	-	2	-
Medizinische Informatik	-	1	-	-	-
Naturheilverfahren	2	3	2	3	2
Notfallmedizin	-	-	4	19	16
Orthopädische Rheumatologie bzw. Schwerpunkt Rheumatologie (Orthopädie) gem. WbO '96	-	-	2	-	-
Palliativmedizin			15	13	2
Phlebologie	2	-	-	-	-
Physikalische Therapie	3	1	-	2	5
Plastische Operationen	1	2	-	-	2
Proktologie	-	-	6	4	-
Psychoanalyse	1	1	-	-	1
Psychotherapie	2	6	5	1	5
Rehabilitationswesen	-	-	1	-	1
Röntgendiagnostik fachgebunden			1		-
Schlafmedizin	-	7	3	3	1
Sozialmedizin	5	2	3	2	1



Spezielle Orthopädische Chirurgie	-	1	-	-	-
Spezielle Schmerztherapie	-	5	4	1	5
Sportmedizin	10	2	2	1	12
Stimm- und Sprachstörungen	2	-	-	-	-
Suchtmedizinische Grundversorgung			6	5	7
Umweltmedizin	-	-	-	-	-
<b>Summe Zusatzbezeichnungen</b>	<b>44</b>	<b>100</b>	<b>123</b>	<b>106</b>	<b>85</b>